

BACKER ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 28), Markstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Franken- und
Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Rillengasse 12.

Hat ein Arbeiter erworbene Rechte?

Die Frage, ob ein Arbeiter sich Rechte erwerben kann, bei deren Verletzung er eine Entschädigung beanspruchen darf, ist wieder einmal brennend geworden und hat zu scharfen Auseinandersetzungen geführt zwischen den Anhängern der bürgerlichen Rechtsanschauung und denen einer proletarischen Rechtsanschauung. Bekanntlich steht das heutige Recht auf dem Standpunkt, daß der Staat entschädigungspflichtig ist, wenn er in die Rechtssphäre eines Menschen eingreift — falls dieser Mensch Kapitalist, Unternehmer, Angehöriger der besitzenden Klasse ist. Als am 1. April 1900 die Privatposten aufgehoben wurden, billigte man den Besitzern der Privatposten eine Entschädigung zu für den in Aussicht stehenden entgangenen Gewinn aus ihren Unternehmungen. Bei der Diskussion, die sich damals im Reichstage entspann, wurde von sozialdemokratischer Seite treffend darauf hingewiesen, daß man die sog. erworbenen Rechte nicht achtet, wenn es sich um Arbeiterrechte handelt. Daß letzteres tatsächlich der Fall ist, ergibt sich wieder einmal ganz deutlich aus der Reichstagsdebatte vom 7. Mai 1906. Diese Verhandlung verdient festgenagelt zu werden.

Bei der Beratung des Zigarettensteuer-Gesetzeswurfs — nach Ansicht der Sachkenner wird dieses Gesetz Tausende von Arbeitern brotlos machen — haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag eingebracht:

„Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Zigarettenindustrie gearbeitet haben und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes durch Einschränkung der Produktion oder durch Verlegung der Fabriken oder durch Uebergang vom Handbetrieb zur Fabrikation mittels Maschinen arbeitslos werden, erhalten Entschädigung, und zwar, wenn sie zur Zeit des Eintritts der arbeitslosen Zeit mindestens 1 Jahr, aber nicht länger als 2 Jahre sich als Zigarettenarbeiter oder Arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 500; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als 10 Jahre als Zigarettenarbeiter oder Zigarettenarbeiterin ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 1500; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als 10 Jahre als Zigarettenarbeiter oder Zigarettenarbeiterin ernährt hat, den fünffachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber M. 2500.“

Dieser Antrag, dessen Berechtigung von keinem vernünftigen Sozialpolitiker bestritten werden kann, wurde vom Reichstagsabgeordneten Mollenhuth in nachstehenden trefflichen Ausführungen begründet: „Der Arbeiter, dessen einziges Vermögen seine Arbeitskraft und seine Geschäftlichkeit in irgend einem Berufe ist, wird durch das Gesetz in seinem Fortkommen gehindert und in seinem Einkommen direkt geschädigt. Wenn aber die Gesetzgebung gewisse Personen schädigt, so muß sie dafür Ersatz leisten. Diesen Grundsatz haben wir in der Reichsgesetzgebung bei der Uebernahme der Privatposten befolgt. Ähnlich ist man beim Süßstoffgesetz verfahren. An anderen Stellen ist man noch weiter gegangen. Als in Preußen eine Anzahl Herren, die sonst keine Steuern bezahlten, Steuern bezahlen sollten, hat man das als eine Vermögensschädigung angesehen und ihnen den kapitalisierten Betrag der Summe gegeben, die sie in Zukunft als Steuern zahlen sollten. Die Zahl der Beispiele, in denen der Grundsatz befolgt wurde, ließe sich beliebig vermehren. In diesem Falle sind die Geschädigten arme Leute, Arbeiter, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Aber dieser Umstand darf die Gesetzgebung doch nicht bestimmen, von einem Grundsatz abzugehen, den sie, wo es sich um Besitzende handelt, stets anerkannt hat. Auf einen solchen Standpunkt darf sich der Reichstag nicht stellen und durch die Gesetzgebung Tausende armer Menschen schwer schädigen, und ihnen dann sagen, eine Entschädigung bekommt ihr nicht. Wenn die Gesetzgebung

Menschen in ihren Existenzbedingungen schwer schädigt, darf man diese Menschen nicht dem Elend preisgeben, sondern muß sie bis zu einem gewissen Grade entschädigen. Das bezwecken wir mit unserem Antrage, und zwar verlangen wir das sowohl im Interesse derer, die arbeitslos werden, als auch im Interesse derer, die ihre Arbeit behalten. Denn ohne diese Entschädigung würde die Arbeitslosigkeit ein viel stärkerer Hebel zur Lohnbrüderlei sein. Wird die Entschädigung gezahlt, so läßt sich erwarten, daß auch für diejenigen, die in Arbeit bleiben, die Löhne nicht so tief herabgedrückt werden, als es sonst der Fall sein würde. Wir haben Entschädigungen für eine Reihe einzeln ausgeführter Fälle gefordert. Der Hamburger Arbeiter kann unmöglich nach Westfalen mitgehen. In Baden kann er als fremder Arbeiter in der Tabakindustrie unmöglich so viel verdienen, wie er zum Leben braucht, mag er auch noch so geschickt sein.“

Der sozialdemokratische Redner trifft das Richtige mit seiner Forderung, daß, wenn der Staat durch sein Eingreifen einen Menschen in dessen Erwerbsmöglichkeit schädigt, er ihn dafür entschädigen muß. Bislang ist diese Forderung nur bestritten worden, wenn es sich um Arbeiter handelt. Und auch diesmal wieder zeigte sich die Arbeiterfeindschaft der Regierung und der bürgerlichen Parteien im hellsten Lichte. Der Reichsjustizsekretär Freiherr von Stengel erschien sofort auf der Bühne und warnte vor der Annahme dieses Antrages, der von den „weittragendsten und unübersehbaren Konsequenzen für alle Gebiete des Staates und der Gemeinde“ sei. Und die Redner der bürgerlichen Parteien, selbst die Redner des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums, hieben in dieselbe Kerbe. Vergebens hob Mollenhuth noch einmal hervor: „Wir bleiben dabei, das Gesetz ist eine Schädigung der Arbeiter, und deshalb müssen wir für eine Entschädigung eintreten. Wären die Arbeiter Gutbesitzer, so hätte die Regierung von vornherein an Schadenersatz gedacht, wären die Arbeiter reiche Leute, so würde auch die übergroße Mehrheit dieses Hauses die Entschädigung aubilligen; da es sich aber um arme Leute handelt, soll von dem Grundsatz der Entschädigung abgegangen werden“, er predigte tauben Ohren — der Antrag wurde glatt abgelehnt.

Mit dieser Entscheidung ist natürlich die Frage der erworbenen Rechte der Arbeiter durchaus noch nicht entschieden, im Gegenteil, sie muß und wird nun erst recht in den Vordergrund der Diskussion gestellt werden. Besonders die Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse an dieser Frage, da sich hier das Bestreben geltend macht, zu einem Arbeiterrecht zu gelangen, das den proletarischen Interessen ebenso gerecht wird, wie das heutige Recht den kapitalistischen Interessen. Das heutige Recht spiegelt naturgemäß die Rechtsbegriffe der bürgerlichen Gesellschaft wieder, weshalb man auch von einem „bürgerlichen“ Gesetzbuch spricht; es verfolgt den ausgesprochenen Zweck, Eigentum und Besitz zu sichern und zwar vorwiegend das Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen. Da aber das Eigentum des Arbeiters, seine Arbeitskraft, keine Sache, sondern eine Fähigkeit ist, so genießt es keinen Schutz. Und in der Tat ist die Arbeitskraft bislang recht- und schutzlos der Willkür des Ausbeutertums ausgeliefert: gegen Räuber, die einem Wanderer die Geldbörse abknöpfen, gewährt der Staat Schutz, gegen die Raubgier des Kapitals, das seine Krallen in das Fleisch des Arbeiters schlägt, gibt es keinen Schutz. Man beachte nur den Unterschied: Der einem Menschen eine fremde, bewegliche Sache in rechtswidriger Absicht wegnimmt, wird als Dieb bestraft, wer es aber versteht, einem Menschen die Arbeitskraft wegzustehlen, ist ein feiner Geschäftsmann; wer falsche Vorpiegelungen macht, ist ein Betrüger, wer die Unerfahrenheit, die Notlage oder den Reichtum eines Menschen ausnützt, ist ein Wucherer, wer aber unerfahrene, in Not befindliche Arbeiter unter falschen Vorpiegelungen anlockt und ihre Tümmelheit ausnützt, ist ein feiner Geschäftsmann.

Um die Recht- und Schutzlosigkeit des modernen Arbeiters zu beleuchten, wollen wir einige aus dem Leben gegriffene Beispiele einander gegenüberstellen. Eine Fabrik, in der zahlreiche Arbeiter seit vielen Jahren beschäftigt sind, brennt eines Nachts ab und die Arbeiter werden brotlos; der Fabrikherr ist versichert und wird von der Feuerversicherung schadlos gehalten, wahrscheinlich macht er noch obenrein ein gutes Geschäft bei der Sache. Wer entschädigt aber die Arbeiter für ihr verlorenes Recht auf Arbeit, für den Verlust ihrer Arbeitsgelegenheit? Kein Mensch denkt daran. Der Unternehmer, dem zeitweilig die Möglichkeit, sein Kapital arbeiten zu lassen, genommen wird, wird entschädigt und leidet keine Not; um die Arbeiter, deren Arbeitskraft brach gelegt worden ist, kümmert sich niemand; sie mögen betteln oder verhungern, die Gesellschaft fragt den Teufel darnach. Ein anderes Beispiel: In einem Betriebe sind hundert Arbeiter tätig, die sich seit Jahr und Tag im Dienste des Unternehmers abgeradert haben; eines Tages kauft der Staat das Gewerbe an, weil er den Grund und Boden z. B. zum Bau einer Eisenbahn gebraucht; der Eigentümer bekommt Bezahlung für sein Grundstück und die Gebäude und außerdem noch obenrein eine anständige Entschädigung dafür, daß er sein Geschäft aufgeben muß. Der Unternehmer hat einen feinen Schnitt gemacht und läßt sich ins Häuschen, seine hundert Arbeiter liegen auf der Straße und können Hungerpfoten saugen, ihr erworbenes Recht auf Arbeit und Existenz wird garnicht erwähnt, und dies ist bei dem heutigen bürgerlichen Recht so selbstverständlich, daß sich niemand etwas dabei denkt. Endlich ein dritter Fall: Ein Arbeiter, der seit 20 Jahren in einem Betriebe arbeitet, wird plötzlich infolge einer Betriebsveränderung überflüssig gemacht und entlassen; vielleicht ist's eine Maschine, die ihn verdrängt, vielleicht ist's ein Umschwung in der Fabrikationsweise oder ein Wechsel der Mode, kurz und gut, er fliegt heraus. 20 Jahre lang hat er auf seinem Plage gestanden und seine Kräfte im Dienste des Unternehmers geopfert, jetzt mit einem Male ist er überflüssig geworden und als alter Mann findet er nirgends mehr Arbeit. Wer entschädigt diesen Mann für den Verlust seiner Arbeitsgelegenheit? Wo bleiben seine erworbenen Rechte? Sie existieren einfach nicht, der Arbeiter hat einfach kein erworbenes Recht. Einem Beamten gegenüber, der seine Kräfte im Dienste des Staates aufgebraucht hat, ist der Staat entschädigungspflichtig; einem Unternehmer gegenüber, dem der Staat seine Existenz nimmt, wird diese Entschädigungspflicht rückhaltlos anerkannt — nur wenn es sich um einen existenzlos gemachten Arbeiter handelt, dann „schweigen alle Flöten“ und jedermann brüht sich.

Dringend wünschenswert erscheint es, daß die Frage nach den erworbenen Rechten der Arbeiter nicht wieder von der Tagesordnung verschwindet, wenn es auch nur zu dem Zweck geschieht, um die Ungleichheit zwischen Kapitalisten und Arbeitern wieder einmal grell zu beleuchten. Eigentlich müßte der Staat dem Unternehmertum mit gutem Beispiel vorangehen und im vorliegenden Falle nach dem alten Rechtsgrundsatz: „Wer Schaden macht, muß Schaden bessern“, den brotlos werdenden Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarettenbranche eine Entschädigung zahlen. Wer aber glaubt, daß der Staat dies tun wird, der vergißt, daß wir in einem Klassenstaat leben, der kapitalistisch durchseucht ist bis auf die Knochen.

Die Entwicklung unseres Verbandes im 1. Quart. 1906.

Durch die Lohnkämpfe wurde die Zusammenstellung des Ergebnisses der Organisations- und Agitationsarbeit im 1. Quartal 1906 unliebsam verzögert, so daß es erst jetzt, beinahe am Ende des 2. Quartals, veröffentlicht werden kann. Die bestehende Tabelle zeigt unseren Kollegen, daß es in unserer Organisation rüstig vorwärts geht, und dieses wird allen Verbandsfunktionären ein Ansporn sein zu planmäßiger rastloser Agitation und unsere eifrigen Propagandisten unter den Mitglidern anzufragen zu weiterer

Einiger Verbessern für den Verband, während diejenigen (und davon gibt es leider noch so viele), die glauben, ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen und auch einmal in einer Versammlung erscheinen, be- schämt die Augen niederzulegen müssen, weil sie nicht nur sich behaupten können, daß sie auch etwas beigetragen haben, diese schönen Fortschritte zu erzielen. Hoffentlich werden auch sie sich nun mit herausmachen und bestrebt sein, mit- bestens jeder in jedem Quartal dem Verband ein neues Mitglied zuzuführen, dann wird der Aufschwung unserer Organisation noch eindrucksvoller werden.

Wir hatten im 1. Quartal 1906 Neuaufnahmen und 101 866 umgesetzte Wochenbeiträge zu verzeichnen, also ein Mehr gegen den Quartalsdurchschnitt des Vorjahres von rund 900 Neuaufnahmen und 8500 Beiträgen, oder gegen das 1. Quartal 1905 ein Mehr von rund 400 Aufnahmen und 10 000 Beiträgen.

An diesen Vordrängungen sind 5 Gane beteiligt, während der Gau Sachsen-Anhalt gegen den Quartals- durchschnitt des Vorjahres konstant geblieben ist und der größte, aber an Mitgliederzahl kleinste Gau, Schlesien- Holen-M., und Westpreußen sogar noch um 142 Beiträge gegenüber dem Quartalsdurchschnitt des Vorjahres ver- loren hat. Dieser Rückgang ist auf die große Vertheit der Mitglieder in Breslau, Bromberg und Grotz zurückzu- führen. Hoffentlich wird auch dort das 2. Quartal diese Schwarte wieder ausreichen durch einen leichten Fortschritt.

Den größten Fortschritt hat der Gau Berlin mit 4100 Beiträgen mehr gegen den Quartalsdurchschnitt des Vor- jahres zu verzeichnen; dann folgt der Gau München mit 1800 Beiträgen; Gau Frankfurt a. M. mit 1700; Gau Hamburg mit 900 und Gau Düsseldorf mit 800 Beiträgen- zunahme.

Die Lohnbewegungen in einzelnen Städten wirkten natürlich in mehreren Fällen schon günstig auf den Fort- schritt ein; in manchen Städten kamen solche Wirkungen der Lohnkampfe auch wieder noch gar nicht zum Ausdruck und werden sich erst im 2. Quartal bemerkbar machen.

Wenn nicht alle Angelegenheiten, so dürfte überhaupt das Ergebnis des 2. Quartals das des 1. weit in den Schatten stellen, denn durch die Erfolge bei den vielen Sozialkassen herrscht überall unter den Kollegen eine außerordentlich günstige Stimmung für den Verband, und wenn jezt überall die Agitation und Aufklärungsarbeit planmäßig und intensiv betrieben wird, dann können ja auch gute Erfolge nicht ausbleiben.

Also, auf die Erfolge, alle ihr Mitglieder, zu eadem Beistand in der Verbessern zur Gewinnung neuer Mit- glieder! Hieran auch, Versammlungen der Mitgliedschaften, lang durch regelmäßige Besuche, Werkstatt- und Haus- besuche, damit, daß aus ihnen der Mitglieder durch Beitragsrückstände wieder verloren geht.

Bäder-Club in Thorn.

Die jannarlich die Geschäftsverhältnisse im Bäder-Club liegen, erweisen die nachstehenden wiedergegebenen Resultate einer im Mai in Thorn aufgenommenen Er- zählung.

Das den in Thorn mit Sororien befaßigten 56 Bedienten sind 28 Fragebogen eingegangen mithin sind 50 Proz. der Betriebe in der Statistik vertreten.

Personen beschäftigt sind in diesen 28 Bäder-Clubs 56, und zwar 42 Geisler, 23 Lehrlinge und 20 Hilfs- arbeiter.

Neber ihr Alter haben 41 Geisler Angaben ge- macht und zwar stehen 15 davon im Alter von 17-20 Jahren, 11 sind 20 bis 25 Jahre alt, 11 sind 25-30 Jahre und nur 4 sind über 30 bis 35 Jahre alt.

Der Beschäftigung der Arbeitsstellen ist ein großer, denn 19 Geisler sind erst einen Monat und länger Zeit in der Arbeitsstelle, 10 bis zu 3 Monaten, 4 bis zu 6 Monaten, 5 bis zu 12 Monaten und nur 2 sind über 12 Monate in der Beschäftigung.

Verheiratet sind 4 Geisler, die aber auch in Kost und Logis beim Meister wohnen.

Die Arbeitszeit beträgt:

täglich:	
in 2 Betrieben	8-10 Stunden
11	10-12
9	12-14
6	14-16
Sonntags:	
in 5 Betrieben	8-10 Stunden
9	10-12
12	12-14
2	14-17

Die durchschnittliche Arbeitszeit eines Geislers beträgt 12¹/₂ Stunden pro Tag; die Woche in jedem Betriebe regelmäßig 7 Stunden oder 49 Stunden Arbeitszeit, die zum größten Teile in der Nacht geleistet wird.

Lohn erhalten nach Tag und Nacht:

5 Geisler	5 bis 6 A pro Woche
17	6
13	8
3	10
2	12
1	14

Drei Geisler erhalten nur halbe Lohn zum Meister.

Der durchschnittliche Lohn eines Geislers beträgt 6,50 A pro Woche, wenn man zu beizählen 9 A für Kost und Logis und noch dazu 12,50 A in die 50wöchige Arbeitszeit, so ergibt das eine Stundenlohn von 20 J.

Die Arbeiterkassenverhältnisse werden häufig nicht beachtet. Der ungeschützten Arbeiterbevölkerung ist in 5 Betrieben nicht zugehörig, die Arbeiterkassen sind in 6 Betrieben.

Behördliche Kontrollen des Tagesarbeits- tages finden nur in vier Betrieben statt, in allen anderen Betrieben ist im Jahre 1906 noch keine An- wesen zu verzeichnen.

Die Arbeitsräume liegen zum Teil im Keller und teilweise im Erdgeschoss. Für beizählen sind zu beizählen, in zwei Betrieben geben die Arbeiter nicht zu wissen, in zwei gibt es Kellerräume, in zwei sind in beiden Betrieben noch im Kellerräume, in zwei sind in beiden Betrieben noch im Kellerräume.

Die Reinigung der Arbeitsräume ge- hört noch zu beizählen, in zwei sind in beiden Betrieben noch im Kellerräume, in zwei sind in beiden Betrieben noch im Kellerräume, in zwei sind in beiden Betrieben noch im Kellerräume.

Mitgliedschaften	1903		1904		1905		1906	
	Durchschnittlich pro Quartal	Aufnahmen	Durchschnittlich pro Quartal	Aufnahmen	Durchschnittlich pro Quartal	Aufnahmen	1. Quartal	Aufnahmen
Gau Berlin								
Berlin	216	6556	1153	17746	364	18727	730	22521
Brandenburg	5	160	6	309	6	406	5	293
Lothar	9	181	5	266	8	337	10	401
Sorin	4	139	1	153	2	167	4	187
Halberstadt	—	—	3	68	10	163	3	154
Magdeburg	9	1303	25	1644	10	1453	25	1579
Schönebeck	1	61	1	61	1	54	—	44
Stettin	—	40	18	370	35	790	48	1018
Stendal	—	—	—	—	—	64	3	64
Summa	234	8431	1212	20617	436	22166	888	26261
Gau Westfalen								
Breslau	25	647	38	978	83	1220	53	1066
Bromberg	—	26	3	71	7	317	5	75
Danzig	—	—	24	318	15	405	42	537
Grotz	—	—	13	183	24	222	4	109
Kattowit	13	175	13	193	15	321	26	329
Königsberg i. Pr.	10	139	12	243	8	127	30	262
Leipzig	—	—	—	—	16	165	21	281
Waldenburg	—	—	—	—	5	130	13	106
Summa	48	987	103	1991	173	2907	194	2765
Gau Hamburg								
Altona	25	2900	29	3279	32	3550	27	3501
Sant-Wilhelms-Hafen	13	223	7	323	10	401	14	376
Bergedorf	4	256	3	252	2	262	1	288
Braunschweig	2	440	20	731	24	795	17	1013
Bremen	12	192	20	471	17	608	51	940
Bremerhaven	7	103	5	195	8	124	6	22
Elmsborn	—	—	5	121	3	99	1	144
Hamburg	94	6998	100	8665	117	9555	116	9492
Hannover	10	327	36	783	17	693	15	588
Harburg	7	415	7	548	9	530	11	504
Hildesheim	1	169	1	78	1	95	—	79
Hiel	28	1121	29	1445	11	1186	17	1250
Lübeck	11	1073	16	1210	7	844	11	884
Lüneburg	1	173	3	266	2	244	2	268
Neumünster	2	122	2	69	5	95	8	166
Nienburg	1	74	4	165	4	166	9	226
Roßdorf	—	—	2	86	4	69	6	105
Schwerin	3	64	9	213	8	250	5	259
Segeberg	—	—	2	348	1	327	1	293
Wismar	3	118	2	149	5	146	2	252
Summa	224	14775	302	19392	287	20339	320	20918
Gau Ostpreußen								
Heilsberg	—	—	8	66	4	120	5	181
König	—	—	—	—	2	75	—	—
Koschum	—	—	—	—	März errichtet		6	85
Köln a. Rh.	22	151	65	984	62	1469	59	1404
Kortum	17	409	16	440	8	381	37	657
Kübelberg	21	465	33	673	20	722	31	864
Kübelberg	34	490	48	1139	18	998	41	1207
Kübelberg	12	175	29	408	47	831	49	1118
Kübelberg	—	—	3	158	2	119	4	93
Kübelberg	—	—	9	246	6	216	5	182
Summa	106	1690	211	4114	169	4931	237	5792
Gau Pommern								
Altenburg	2	125	4	189	3	310	—	290
Arnold	—	—	—	—	2	80	1	109
Chemnitz	11	304	7	264	10	379	13	462
Chemnitz	4	197	15	339	3	255	4	217
Chemnitz	82	2283	75	3091	161	3693	56	3060
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	16	265
Chemnitz	—	—	—	—	1	87	—	68
Chemnitz	1	123	1	145	3	197	10	252
Chemnitz	5	267	9	468	6	495	15	570
Chemnitz	—	—	2	109	2	190	1	173
Chemnitz	2	135	4	228	4	296	3	246
Chemnitz	35	2443	49	2934	53	3249	138	3448
Chemnitz	—	—	1	73	—	85	—	72
Chemnitz	7	441	6	448	7	475	2	327
Chemnitz	1	39	3	90	2	43	—	—
Chemnitz	13	823	5	815	22	1186	23	1225
Chemnitz	6	360	6	440	3	365	4	306
Chemnitz	1	87	2	132	4	139	6	178
Chemnitz	2	101	7	214	1	176	—	152
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	5	239
Chemnitz	—	—	—	—	10	229	13	220
Summa	172	7733	196	9979	302	11929	310	11839
Gau Pommern a. M.								
Cassel	35	334	14	291	10	353	2	181
Darmstadt	5	272	10	318	13	341	47	508
Frankfurt a. M.	46	1933	68	3216	117	4001	67	3350
Frankfurt a. M.	26	339	34	733	13	502	16	581
Gießen-Becklar	7	163	9	281	8	219	2	163
Hann	4	36	7	92	10	263	4	322
Heidelberg	3	26	2	29	2	124	—	—
Homburg u. d. S.	5	293	12	444	9	481	8	473
Köln a. Rh.	—	—	10	334	9	318	16	369
Karlshöhe	9	193	29	511	12	271	78	950
Köln a. Rh.	—	—	2	89	8	157	11	231
Köln a. Rh.	27	494	50	1277	66	1906	99	2309
Köln a. Rh.	13	596	15	575	17	766	52	895
Köln a. Rh.	—	—	1	24	1	69	—	81
Köln a. Rh.	—	—	11	165	11	265	5	220
Köln a. Rh.	—	—	6	131	—	43	—	196
Köln a. Rh.	—	—	6	123	1	82	—	—
Köln a. Rh.	11	498	13	588	20	699	10	615
Köln a. Rh.	—	—	7	156	5	145	6	181
Köln a. Rh.	6	434	15	601	17	596	15	624
Köln a. Rh.	—	—	—	—	—	—	1	26
Köln a. Rh.	8	127	5	49	6	59	6	95
Köln a. Rh.	8	296	12	444	12	565	24	661
Köln a. Rh.	15	434	19	667	25	1009	78	1301
Summa	226	6619	357	11170	392	13234	547	14964
Gau Pommern								
Angermünde	9	257	14	333	13	427	35	690
Angermünde	4	244	13	403	8	415	6	350
Angermünde	1	30	4	87	4	101	—	30
Angermünde	—	—	1	36	—	28	—	26
Angermünde	9	179	15	359	18	501	22	681
Angermünde	—	—	—	—	1	163	—	105
Angermünde	6	217	5	233	17	441	33	728
Angermünde	127	5416	142	7561	131	8532	320	10438
Angermünde	24	742	61	1489	102	2341	21	1779
Angermünde	—	—	—	—	11	163	8	197
Angermünde	20	888	19	1046	18	1665	17	1286
Angermünde	6	234	4	203	14	395	11	407
Angermünde	—	—	—	—	3	90	5	252
Angermünde	—	—	—	—	12	144	33	434
Angermünde	—	—	—	—	—	—	5	311
Angermünde	7	250	12	329	10	354	8	184
Summa	213	5474	290	12531	362	15630	524	17506
Gau Pommern b. Grotz								
Frankfurt a. M.	33	748	61	1431	77	1932	48	1259
Frankfurt a. M.	123	4955	272	8125	219	9281	306	10130

Die Leichter werden gewaschen:

- in 1 Wädereien alle Monate,
- " 9 " Vierteljahr,
- " 1 " hohen Feste,
- " 2 " halbe Jahre,
- " 2 " Jahre,
- " 6 " niemals

Wahrscheinlichkeit für die Gefässen und Leber ist überall sehr primitiv und besteht aus Wascheben oder Waschscheffel; einmal dient eine solche für fünf Personen und zweimal waschen sich die beschäftigten Personen unter der Wasserleitung, nur in drei Wädereien haben die Gefässen einen besonderen Raum zum Waschen, in den übrigen wird Waschen und Reinigen des Körpers in der Badstube besorgt.

Handtücher erhalten die Gefässen alle Wochen ein 8 in 19 Betrieben, 2 in 8 und 3 in einer Wäderei, in einem Betrieb müssen mehrere Personen zusammen ein Handtuch benutzen.

Der Abort stößt in zwei Wädereien an den Badraum. Die Koste bezeichnen die Gefässen in 5 Wädereien als gut, in 19 als genügend und in 3 als schlecht. Die Hauptmangelheit wird gegessen in einem Betriebe im Laden, einmal in der Wohnung des Meisters, 4mal in der Gefässenschlafstube, 5mal in der Küche und 13mal in der Badstube.

Der Schlafraum der Gefässen liegt 1mal im Keller, 7mal im Parterre, 5mal in Etagen, 10mal in Dachkammern, 1mal auf dem Dachboden und 1mal in der Remise. Von den Räumen sind 6 nicht verschließbar.

Ein Ofen im Wohnraum der Gefässen ist nur in 6 Wädereien zu finden, in 20 fehlt derselbe gänzlich. Die Fenster im Wohnraum gehen 3mal nicht zu öffnen, in einem ist ein ehemaliges Fenster (noch im Dach) und in vielen Stuben gerade so große Lücke, daß man nur den Kopf rausstrecken kann. 6 dieser Wohnungen sind dunkel und 4 feucht.

Reinigung des Wohnraums erfolgt trocken täglich 1mal in 14 Fällen, wöchentlich 2 " " 2 " wöchentlich 1 " " 5 " alle 4 Wochen 1 " " 1 Falle,

den Gefässen bleibt die Reinigung überlassen in 1 Falle, feucht aufgewischt werden 7 Räume wöchentlich und 20 solcher Wohnungen niemals.

In vier Fällen stehen die Betten übereinander, weil der Raum zu klein, einmal schlafen Gefässe und Haushälter nacheinander in einem Bett; sechs mal wurden bei Gefässenwechsel die Betten nicht mit reiner Wäsche versehen; im allgemeinen wird die Bettwäsche gewechselt alle Monate in zwei Betrieben, alle drei Monate in dreizehn und in sieben Wädereien ist schon seit länger als einem Vierteljahr die Bettwäsche nicht gewechselt.

Der Wohnraum der Gefässen wird noch benutzt einmal zum Kartoffellager, einmal zum Pfandschreiben und zweimal zum Aufbewahren von Badutensilien.

Ein Tisch im Wohnraum ist vorhanden in 16 Fällen, in 11 Fällen ist er unbekannt; in neun Wohnräumen fehlt jeder Stuhl, ein Kleiderschrank ist viermal nicht vorhanden und die vorhandenen sind achtmal nicht verschließbar.

Wegen mangelhaften Verschlusses von Schrank und Wohnraum wurden schon achtmal die Gefässen bestohlen.

Spucknapfe sind in einem Betriebe vorhanden und in allen übrigen sind solche im Bad- und Wohnraum unbekannte Dinge.

Wie sehr der Ekel über die traurigen Wädereizustände bei den Gefässen zutage tritt, zeigt eine kleine Blätterlese der auf den Fragebogen gemachten besonderen Bemerkungen.

1. Bei uns gibts Mäuse, Schwaben und Franzosen in Masse!

2. In der Badstube am Wasserfessel sind Maden!

3. Im Arbeitsraum wimmelt es von Schwaben und Franzosen, im Schlafraum wieder Wanzen!

4. Der Schlafraum steht in so enger Verbindung mit dem Schweineflast, daß der einströmende verpestete Dunst für uns beim Schlafen unerträglich wird.

5. Im Schlafraume befinden sich Matten, die in den Betten rumtranchen; auch Wanzen, daß man überhaupt nicht schlafen kann. Die Badstube ist überm Ofen so niedrig, daß man mit dem Kopf an die Decke stößt.

6. Der Schlafraum ist unterm Dach zwischen Balken, niedrig und schmutzig. Der Arbeitsraum ebenfalls schmutzig und die Wände schwarz verträuchert.

7. In der Wäderei befinden sich sämtliche Würmer und Schwaben; im ganzen Arbeitsraum tranchen sie rum. Die Schwaben sind auch im Wasserfessel und in den Reuten. Der Meister kommt des abends in Unterhosen in die Badstube, dann schlägt er die Schwaben tot, daß es knallt.

8. Der Eingang zum Schlafraum ist auf dem Dachboden und liegt der Raum zum Teil über dem Drey; wegen des einströmenden Dunstes sehr ungesunde Luft und Hitze.

9. Der Schlafraum ist so klein, daß man nicht einen Schritt gehen kann.

10. Im Sommer ist es der großen Hitze wegen im Schlafraum unerträglich.

11. Unser Wohnraum ist, kurz gesagt, die reinste Stumpfkammer; da ist alles drin zu finden.

12. Ungeziefer hats in der Wäderei und Schlafstube so viel, daß man sich kaum erwehren kann; die Wanzen lassen uns nicht ruhig schlafen. In der Badstube machen sich die Schwaben in und um den Wasserfessel gemächlich.

Diese Resultate der in Thon aufgenommenen Statistik, die für andere Städte kaum ein günstigeres Ergebnis zeitigen dürfte, zeigen, wie dringend notwendig ein erhöhter geistlicher Schutz der Gefässen im Wädereigewerbe und des Publikums ist. Sie rufen aber auch den der gewerkschaftlichen Organisation noch fernstehenden Wädereigenossen den Mahnruf zu, schleunigst ihrer Organisation beizutreten, um durch gewerkschaftlichen Zusammenhalt und die Vorsehung eine Verbesserung der Verhältnisse zu erzielen.

Aus unserem Bernie.

Die Leipziger Innungsleiter als die Schatzmacher im Germaniabund. In der Zeit ist es sehr interessant, in den Innungsblättern zu lesen, wie diese in der Agitation für jenes totegeborene und den Arbeitgeberverband, ungewollt für unseren Verband Agitation betreiben! So schreibt jetzt das "Leipziger Centralblatt" in seiner Sechster Nummer zum Arbeiterverband in Freiberg folgendes:

„Zu höchster Bedeutung werden sich vermutlich die

Verhandlungen von Obermeister Simon-Weipzig, der seine Ausführungen auch auf die Lohnbewegungen und Streiks ausdehnen beabsichtigt, und des Herrn Generalsekretärs Dr. Weipthal über den Arbeitgeberverband, ausgestalten. Es dürfte nicht schwer fallen, in den eben skizzierten Thematika die innere Verwandtschaft festzustellen, so daß es sich wohl empfehlen dürfte, den den Maximalarbeitslag betreffenden Teil des Simonischen Themas in kurzer, aber entscheidender Weise gelöst zu behandeln und vorweg zu erledigen, dann aber die beiden Punkte gemeinsam zu behandeln. Angesichts der permanenten Gefässenbewegung dürfte sich das Hauptinteresse des Verbandes diesen Punkten zuwenden. Wir wollen dabei nicht verschweigen, daß es besonders die Berliner Tarifabschlüsse sind, welche in weiten Kreisen der Kollegenchaft eine heftige Erregung hervorgerufen haben. Und wirklich, wenn man die Gefässenzeitungen verfolgt, die angeführt des Berliner Resultates in ein wahres Triumphgeheul ausbrechen, so muß man wirklich zu der Annahme kommen, daß die getroffenen Vereinbarungen einer völligen Kapitulation der Meisterchaft gleichkommen.“

Dann wird ein großer Teil unseres Artikels „Der Tarifabschluß in Berlin“ wörtlich abgedruckt und dann kommt das Blattchen:

„Ja, daß man bei den Verhandlungen in Berlin zur Annahme der Tarifbestimmungen über die künftige paritätische Regelung der Arbeitsverhältnisse sich genötigt sah, gleich tatsächlich einer völligen Vorkapitulation der auf diesem Gebiete getroffenen Innungseinrichtungen. Sie werfen aber gleichzeitig ein großes Schlaglicht auf die Situation, in der sich die Vertreter der Meisterchaft bei den Verhandlungen gegenüber der wohlorganisierten Gefässenchaft befinden. Es ist traurig, aber wahr: in Berlin bestehen zwar zwei Innungen, dann ein oder mehrere Dutzende Bezirks-, Gelangs-, Maßfahrer-, und sonstige Vereine, an einer zusammenfassenden und festen Organisation aber ist völliger Mangel, es herrscht auch hier das traurige System, das auf den Germaniabund übertragen wird: möglichst große Mitgliederzahl, um nach außen schon renomieren zu können, nach innen aber völlige Haltlosigkeit. Das Zweimannsystem in Berlin ist der Todeswurm, der an der Meisterorganisation in ganz Deutschland nagt, seinen eigennütigen Nährern und Förderern, sollten die haben die Augen am Bache auspacken und die jungen Adler freilassen, denn sie sind es, welche indirekt dem Germaniabund die schwersten Wunden schlagen, sie mögen aber nur nicht verlangen, daß aufgestaute Provinzkollegen sie noch gar als selbstlos führende Köpfe anerkennen. Es wird auf dem Saxoniabundstage deshalb wohl manch ernstes Wort geredet werden über diese Zustände, welche die unmittelbare Ursache zu der abermahligen Berliner Kapitulation vor der Gefässenchaft bilden. Man ist zu dieser Erklärung schon wir uns geradezu verpflichtet, völlig auf dem Holzwege, wenn man für die Nachlässigkeit der Gefässen gegenüber etwa einzig die Kollegen, welche die Verhandlungen mit den Gefässen geführt haben, und insbesondere Dr. Weipthal, verantwortlich machen will. Nach Lage der Verhältnisse konnte es gar gar nicht anders kommen, sollte durch das Risiko eines Streiks nicht abermals die Existenz von einigen hundert, gerade kleiner selbstständiger Existenzen aufs Spiel gesetzt werden. Das Berliner System ist es, welches, wenn auch in etwas anderer Form als bei dem letzten Streik, zum zweitenmal zusammengebrochen ist. Die Verantwortung, welche Berlin auf sich genommen hat, ist um so größer, als ja die zielbewusste und geschulte Führung der Gefässenchaft, wie oben citierte Ausführungen beweisen, die Berliner Blätterwechsel bereits der Provinz präsentiert. Man kann es nach alledem den Gefässenführern nicht verdenken, wenn sie, von ihrem Standpunkt aus, sich ihrer „gewaltigen und impotanten Erfolge“ freuen.“

Tragt sich nur, wie lange des Gesamtgewerbes die so anmutig über den Berliner Schandrian errungenen Erfolge vertragen kann. Mit der Zeit entwickelt sich die ganze Frage naturgemäß zu einer Existenzfrage gerade der kleineren Betriebe und das um so empfindlicher, je gewaltamer solche Neuerungen, wie sie mit einem Male und zwar „vorbildlich für die Provinz“, in Berlin durchgeführt werden sollen, hereinbrechen. Statt daß in vernünftiger sozial-politischer Weiterentwicklung, der wir stets das Wort geredet, in einer für beide Teile ungeschädlichen Weise ruhig und systematisch fortgeschritten wird. Man sieht, die Frage ist sehr ernst, man wird ihr kaum leichtig durch Gründung des Arbeitgeberverbandes beizukommen vermögen, es müssen da ganz andere organisatorische Kräfte ausgelöst werden, worauf leider wenig Hoffnung ist, solange in Berlin der Wind weht, welcher in München leichtigen Herzens der als wirksames Gegengewicht gegen die Gefässenorganisation gedachten Meisterorganisation das Lebenslicht ausblies.

Nun ruhen alle Wälder — die Gefässenorganisation ist Trumpf! Einzig wird also der Arbeitgeberverband, wie man sich das an mancher geruhigen Stelle wohl denken mag, keineswegs helfen. So sehr wir ihm selbst das Wort reden möchten. Freilich wird man auch hier, wenn die ganze Sache Zweck haben soll, ehrlich Farbe bekennen müssen. Mit der bisher in der Saxonie beliebten Art des „Wack mit den Pelz, aber mach mich nicht naß“ ist abzufut nichts getan. Der Arbeitgeberverband wird eine Reichsorganisation oder keine sein. Das steht auch jeder Einsichtige ein. Was soll das da heißen: wir treten bei, aber wir schiden kein Geld nach Berlin. Das ist doch weiter nichts als eine indirekte Duldung über Mangel an Vertrauen. So stelle man doch, wenn man wirklich offen und ehrlich dienen will, alle persönlichen Rücksichten beiseite — die Sache ist so ernst, daß Personenträgen doch weiß Gott dabei keine Rolle spielen können — und erkläre lieber gleich: Wenn die Verwaltung nach Berlin kommt, tun wir nicht mit. Es ist übrigens gar nicht notwendig, daß dieselbe nun auch durchs nach Berlin muß. Unseres Wissens ist die ganze große Organisation der Arbeitgeberverbandes von Hamburg ausgegangen und sie hat dort noch ihren Sitz und den Brennpunkt ihrer Organisation. Zu einer Angliederung an diese muß es, soll die ganze Gründung ihren Zweck nicht verfehlen, doch einmal kommen. Mit solch entsprechender Verlegung der Basis dürften auch gewisse Mittrauerbedenken beseitigt werden. Jedenfalls aber betonen wir nochmals: Zweck hat nur eine Reichsorganisation.“

Die ganze Episode richtet der Artikel gegen die Germanisierung in Berlin, an deren Stelle man gern die geistliche Land des Herrn Wilmann in Hamburg setzen möchte, und daß dieses bald erreicht wird, dessen sind wir heute schon sicher, denn die Angst vor dem Erstarken unseres

Verbandes treibt die Herren dazu, sich wie die Getriebenen an den Strohalm — Wilmann zu klammern. Aber auch von dem werden sie Hilfe vergebens erwarten.

Über jene Innungsleiter, Gefässenverräter und Alimbinverräter in Weipzig und noch mehr jene gleichgültige Masse der Kollegen dort, die sich um gar nichts kümmern, sollten sich vor sich selbst schämen, denn ihr erbschütterndes Verhalten gestattet den Leipziger Innungsmachern den Argus, gegen den Berliner Tarifabschluß hart zu machen.

Offentlich werden nun endlich einmal unsere Mitglieder in Weipzig alle energisch die Aufklärungsarbeit unter der gleichgültigen Masse betreiben, damit es den dortigen Innungsleuten nicht mehr so leicht wird, ihre Trümpfe als die größten Schatzmacher im Germaniabund zu betreiben. Diesen wir erst diesen Machern einen gehörigen Kampf wie 1898 in Hamburg, 1899 in München und 1904 in Berlin, dann werden deren Schatzmacherei Weisen bald verstimmen. Also, rührt Euch, Ihr Leipziger Kollegen!

Der Arbeitsmarkt (Herausgeber Dr. Jastrow) beschäftigt sich in der letzten Nummer mit den Verhältnissen im Wädereigewerbe. In dem betreffenden Artikel wird unserer Behauptung, daß durch Beseitigung des Kost- und Logiszwanges die größten Missetände in den Wädereibetrieben beseitigt werden, vollständig zugestimmt und darüber klage geführt, daß leider noch große Kreise des konsumierenden Publikums nicht von den Missetänden, welche in den Wädereien vorherrschen, unterrichtet sind. Es heißt hierüber:

Die Neuordnung der Arbeitsverhältnisse im Wädereigewerbe, die gegenwärtig sehr lebhaft angestrebt wird, soll nicht in letzter Linie eine Besserung der sanitären Zustände herbeiführen, die in den mittleren und kleinen Betrieben noch recht viel zu wünschen übrig lassen und auch für den Konsumenten von Nachwaren von größter Wichtigkeit sind. Die schlimmsten Ausstände werden durch die Beseitigung von Kost und Logis hervorgerufen, deren Abschaffung die Hauptforderung der Arbeiter ist. Welche Missetände vielerorts durch den Kost- und Logiszwang veranlaßt werden, sind noch immer einem großen Teil des Konsumierenden unbekannt. Erst kürzlich hat wieder eine Enquete in Braunschweig die besorgniserregenden Verhältnisse vor Augen geführt. Den primitivsten Ansprüchen an die Schlaf- und Badgeräte ist in vielen Betrieben auch nicht entfernt Rechnung getragen. Fast überall ist die erste Forderung der Arbeiter die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, gleichzeitig sind sie aber auch bemüht, die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge festzulegen.

Die Wäderei gehört in Deutschland noch zu den weniger Gewerben, in denen der Großbetrieb vorläufig immer noch in recht geringem Umfange Eingang gefunden hat. Zwar gibt es bereits eine große Anzahl Betriebe, sowohl bei den Konsumvereinen, als auch bei privaten Unternehmern, die man als Großbetriebe bezeichnen kann, aber im allgemeinen herrscht noch immer der Kleinbetrieb vor, und wie aus der letzten Statistik hervorgeht, die der Verband deutscher Wädereiarbeiter aufgenommen hat, nimmt die Zerplitterung der Betriebe sogar noch immer zu. Diese Tendenz läßt sich genau feststellen, wenn man die Ergebnisse dieser Umfrage mit den Ergebnissen einer früheren, auf gleichen Grundlagen vorgenommenen Umfrage vergleicht. Die einzelnen Klassen bezw. Bezirke sind in sechs Klassen eingeteilt. In der ersten Klasse sind Orte benachbart bis zu 10 000 Einwohnern, in der zweiten Klasse kommen Orte in Betracht von 10—20 000 Einwohnern, in der dritten Klasse Orte mit 20—50 000 Einwohnern, in der vierten Klasse Orte mit 50—100 000 Einwohnern. In der fünften Klasse stehen die Bezirke mit 100 bis 200 000 Einwohnern und zur sechsten Klasse gehören alle Orte und Bezirke mit mehr als 200 000 Einwohnern. Es kamen Einwohner auf eine Wäderei

Stadtgröße (Einwohner)	erste Zahlung	letzte Zahlung	Verringerung des Ausbrenntes in Proz.
bis 10 000	420	334	20,5
10 000—20 000	753	494	34,8
20 000—50 000	640	563	12,0
50 000—100 000	770	690	10,4
100 000—200 000	833	873	Zunahme 5,0
über 200 000	906	878	3,0

Danach ist also nur in den Großstädten von 100 000 bis 200 000 eine stärkere Vermehrung der Bevölkerung zu verzeichnen gewesen gegenüber der Vermehrung der Wäderei. Diese immer mehr zunehmende Zerplitterung im Wädereigewerbe wirkt vor allem auch als Hemmnis gegenüber einer besseren Regelung der Arbeitsverhältnisse, weil in den kleinsten Betrieben die feinsten Einrichtungen sehr mangelhaft sind und auch die Schließungsbereitschaft sehr häufig ist. Die höchste Betriebskonzentration war in Hamburg erreicht, hier versorgte eine Wäderei durchschnittlich 2205 Einwohner mit Nachwaren. Die größte Zerplitterung war in einem Städtchen anzutreffen, in dem auf eine Wäderei 185 Einwohner kamen.

Das Streben unserer Mitglieder muß mehr denn je darauf gerichtet sein, die gesamte Bevölkerung über die Missetände in den Wädereibetrieben aufzuklären, damit das konsumierende Publikum in den Palästen sowohl, wie in den kleinsten Hütten darüber unterrichtet ist, unter welcher furchtbaren Verhältnissen ihr Hauptnahrungsmittel hergestellt wird.

Handeln wir demgemäß, dann werden wir bei unseren Kämpfen mit den Innungen die Sympathie der Bevölkerung auf unserer Seite haben und können das Hauptziel, das Kost- und Logiswesen, in den Orkus verschwinden lassen.

Ueber eine Befragung der Mitglieder in Hamburg schreibt das „Hamburger Echo“: Zur Feststellung der Partei- und Verbandszugehörigkeit der Wäder wurden auf Wunsch einer ihrer Mitgliederkonferenzen vom Vorstand Fragebogen ausgegeben. Das dabei herausgekommene Resultat ist ein recht gutes, zumal in Betracht gezogen werden muß, daß gerade in diesem Jahre bis zum vorigen Jahre das Trudelsystem vorherrschend war, auch die Situation der Mitglieder am Orte eine erhebliche ist. Erst durch die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen betreffs Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß jeder Kost und Logis außer dem Hause hat, ist es auch bei den Wädern in Bezug auf Aufklärung um vieles besser geworden. Seither gingen die ausgegebenen Fragebogen nicht vollständig wieder ein, ein Teil wegen falscher Adressierung, andere, weil die Leute sich weigerten, die Fragebogen auszufüllen. Ausgegeben wurden 850 Fragebogen; davon sind 653 eingegangen. Von den Befragten sind 203 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, 233

Unsere Lohnbewegungen.

Bewegung in den Berliner Großbetrieben

während und nach dem Abschluß des neuen Tarifes mit den Zünften.

Am 7. Mai beschlossen die 5 Arbeiter der Kaffee- fabrik Schmidt u. Wollst folgende Forderungen zu stellen:

1. Der Lohn des letzten Arbeiters wird von 21 auf 28 M. erhöht.
2. Die Arbeitszeit des Offenarbeiters darf einschließlich 1 1/2 stündiger Essenspause nur 12 Stunden täglich betragen.
3. Es müssen für die Arbeiter Ankleideräume geschaffen werden.

Von den 5 Arbeitern gehörten 4 unserem Bäckerverband und 1 Arbeiter dem Verein Berliner Hausdiener an. Am 8. Mai verhandelte unser Verbandsvertreter mit der Firma und erzielte folgende Zugeständnisse:

1. Der Lohn des letzten zurzeit dort beschäftigten Gesellen wird auf 23 M. erhöht. Bei Einstellung neuer Arbeitskräfte beträgt aber der Anfangslohn pro Woche 18 M. nach 14 Tagen steigt er auf 20 M. und nach 2 Monaten wird dann der Minimallohn von 23 M. bezahlt. Die übrigen zurzeit dort beschäftigten Arbeiter erhalten ebenfalls Zulagen von 1 und 2 M. pro Woche.
2. Aus Rücksicht auf technische Schwierigkeiten wird die Arbeitszeit des Offenarbeiters einschließlich der Essenspausen auf höchstens 72 Stunden wöchentlich festgelegt. Ueberstunden werden pro Mann und Stunde mit 60 S. bezahlt.
3. Für Schaffung eines Ankleideraumes erklärt sich die Firma bereit. Das bisher von der Firma gelieferte Freibrot fällt in Zukunft fort.

Mit diesen Vereinbarungen erklärten sich die Arbeiter einverstanden.

In der Brotfabrik von Panke in Treptow hatten die 9 dort beschäftigten Arbeiter, ohne die Verbandsleitung zu benachrichtigen, folgende Forderungen gestellt:

1. Jeder dort beschäftigte Arbeiter erhält eine Lohnzulage von 2 M. pro Woche.
2. Während der 12 stündigen täglichen Arbeitszeit müssen mindestens 1 1/2 Stunden Pausen gegeben werden.

Der Leiter dieser Bäckerei, Schmidt mit Namen, gab aber keine Antwort, sondern entließ einen der Leute — angeblich wegen Arbeitsmangels. Darauf legten die übrigen 8 geschlossen die Arbeit nieder.

Nun wandte sich der Vertreter der Firma an die Verbandsleitung, die von allen diesen Vorgängen keine Ahnung hatte. Schneider versuchte auf telephonischem Wege Erfindungen einzuziehen, leider aber vergeblich. Nun wurden durch den paritätischen Arbeitsnachweis 8 neue Arbeiter dorthin geschickt. 4 davon legten aber bereits am anderen Tage wieder die Arbeit nieder.

Nun erst melbten sich die alten Arbeiter und gaben die notwendigen Erklärungen der dortigen Vorgänge. Sofort versuchte die Verbandsleitung zu vermitteln, was jetzt, wo andere Verbandsmitglieder wenigstens noch teilweise beschäftigt waren, bedeutend schwieriger war, als es am ersten Tage gewesen wäre. Der Betriebsleiter erklärt, von den 9 alten Leuten 5 sofort wieder einstellen zu wollen, während die übrigen bei eventl. Vakante zuerst berücksichtigt werden sollten. Ebenso bewilligte er pro Mann und Woche 1 M. Lohnzulage und die festgesetzte Arbeitszeit.

Die Arbeiter aber erklärten, nur dann wieder die Arbeit aufnehmen zu wollen, wenn alle die alten, die bei der Entlassung die Arbeit niederlegten, wieder eingestellt würden. Mit den Zugeständnissen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit wollten sie sich vorläufig befriedigen. Die noch dort sich befindlichen neu eingestellten Verbandsmitglieder erklärten nun, den alten Leuten die Plätze einzuräumen zu wollen und nun wurden alle 9 einschließlich des zuerst entlassenen Arbeiters zu den neuen Bedingungen wieder eingestellt.

Wenn auch durch nachahmenswerte Solidarität aller bei dieser Bewegung Beteiligten ein schöner Erfolg erzielt wurde, so müssen wir es doch bedauern, daß die Verbandsleitung nicht benachrichtigt wurde, ehe man überhaupt Forderungen stellte. Daß die Verbandsleitung durch den Vertreter der Gesamtfirma gerufen werden mußte, mag wohl für die Macht und das Ansehen des Verbandes berechnend, richtig ist es aber auf keinen Fall, daß die eigenen Verbandskollegen die Verbandsleitung nicht rechtzeitig finden können.

Auch bei Goldacker stellten unsere Kollegen eine Reihe von Forderungen, von denen die hauptsächlichste eine Lohnzulage von 2 M. pro Mann und Woche war.

Am 19. Mai trat die Verbandsleitung mit Goldacker in Verhandlung. Nach einigem Händeln und Feilschen wurden aber jedem Arbeiter 2 M. Lohnzulage pro Woche bewilligt. Dafür aber wollte die Firma die Lieferung des Kaffees an die Arbeiter einstellen.

Trotz scharfer Opposition einiger Heißporne erklärte sich die Mehrheit mit diesem Zugeständnis einverstanden. So haben auch hier über 50 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Woche erreicht.

Unverständlich aber ist bei dieser Sache die Haltung der Opposition. Zwar verstehen wir es sehr wohl, daß durch Schläge der Bäckmeister eine steigende Erbitterung unter den Arbeitern Platz greifen mußte, daß aber einige Heißporne auch auf der Weiterlieferung des Kaffees bestehen wollten, kann nicht sehr genug verurteilt werden. Die Organisation kämpft seit Jahrzehnten für die völlige Befreiung jeder Art Bezahlung durch Naturalienbezüge, und hier kommen ein paar ebenso kurzfristige, wie unverlässliche Heißporne her und wollen dieses für jeden aufgestellten Arbeiter längst abgetane System, wenn auch nur teilweise, erhalten.

Solche Erscheinungen sind glücklicherweise nur Seltenheiten.

Am 26. Mai beschlossen die Arbeiter der Firma „Wilhelma“, 2 M. pro Mann und Woche Zulage zu fordern. Der bisherige Minimallohn war 25 M., der-

selbe wurde bei täglich 8 stündiger Arbeitszeit erreicht. Bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit wurde extra Schußgeld bezahlt. Bei der Verhandlung am selben Tage bewilligte die Firma den Lohnzuschlag von 2 M. pro Mann und Woche, vom 19. Mai an gerechnet, mit der Maßgabe, daß das zu liefernde Quantum Brot um 200 pro Woche vermehrt wird.

Damit waren die Arbeiter einverstanden und gilt diese Vereinbarung bis 18. Mai 1907.

Beschäftigt sind bei dieser Firma 8 organisierte Kollegen. Durch eine private Unterredung des Vorsitzenden der Mitgliebschaft mit der Firma Heyden in Pantow, die ohne irgend welchen Wunsch der dort beschäftigten 7 Arbeiter stattfand, gelang es, den Lohn für den letzten Gesellen von 23 auf 25 M. pro Woche zu erhöhen.

So hätte der neue Tarif auch schon für die in Groß- und Brotbäckereien beschäftigten Kollegen bedeutende Erfolge gebracht. Zwar lehnte ein Unternehmer jedes Eingehen auf Lohnerhöhung resp. Erleichterung der Arbeitsverhältnisse ab, mit den anderen Firmen aber war eine Verständigung leicht zu erzielen.

In Vertretung haben unsere Mitglieder, welche zur Mitgliebschaft Reichenthal gehören, beschlossen, an die Meister nachfolgende Forderungen nebst Begleichreihen zu stellen:

1. Die Kost wird an die Gehülften, mit Ausnahme von Frühkaffee und Brot, in bisheriger Weise nicht mehr verabreicht, dafür erhalten die Gehülften pro Woche 12 M. Entschädigung.
2. Außerdem beträgt der Mindestlohn für Schiefer 14 M., Mischer 12 M., Schwarzmischer 10 M. und Kleinjung 9 M. pro Woche. Während der Saisonzeit, das ist vom 1. Juni bis 1. Oktober, sind 25 Proz. Lohnzuschlag zu bezahlen. Wo bisher höhere Löhne bezahlt wurden, werden diese nicht gekürzt und erfolgt die Lohnzahlung am Sonntag nach Arbeitschluß.
3. Die Bundesratsverordnung wird strikte eingehalten, für etwaige Ueberstunden werden 50 S. bezahlt.
4. Als Ersatz für die Sonntagsruhe sind jedem Gehülften 5 freie Tage unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.
5. Den Gehülften sind ordentliche Schlafräume mit den nötigen Mobilen, Stühle, Tisch und verschließbarer Schrank, zur Verfügung zu stellen, ebenso das nötige Waschgehirr und pro Woche 2 Handtücher.
6. Maßregelungen wegen Verbandszugehörigkeit oder Eintretens für diese Bedingungen dürfen nicht stattfinden.
7. Dieser Vertrag gilt auf die Dauer von 2 Jahren, wird in jeder Bäckerei ausgedrückt und dessen Durchführung von 2 Meistern und 2 Gehülften überwacht.

NB. Der Kollgebank entspricht einem Frühstücksgeld von 30 S., Mittagessen von 70 S., Abendessen von 50 S. für Nachhüter von 20 S.

Der Stundenlohn kommt demgemäß auf 32—40 S., was in Anbetracht der Nacharbeit gewiß nicht zu hoch sein wird.

Wäre es der Geschlossenheit der dortigen Kollegen gelungen, den Meistern annehmbare Zugeständnisse abzurufen, damit gemäß der schönen Lage auch die Bäckergehülften auf diesem Fleck Erde ein angemesseneres Leben führen können. Bisher war dies den meisten Kollegen nicht möglich und mußten sie nur neidisch zusehen, wie von anderen Leuten das Leben genossen wird.

Die Lohnbewegung in Speyer.

Der am 25. Mai seitens der Gehülftenchaft gemachte Einigungsantrag wurde von den Bäckernmeistern abermals abgelehnt. Man versuchte nach jeder Richtung hin, die Bewegung in die Länge zu ziehen, um dadurch das Interesse bei der Bevölkerung abzuschwächen. Eine am 30. Mai abgehaltene Gehülftenversammlung nahm mit Unterstützung die Antwort der Meister entgegen und beschloß, den Arbeitgebern, welche noch nicht bewilligt haben, den abgeänderten Tarifvorschlag nochmals zu unterbreiten, desgleichen soll ein Flugblatt an die Bevölkerung verteilt werden. Bis zum 31. Mai war der Schlußtermin festgesetzt. An diesem Tage gelangte auch das Flugblatt an die Bevölkerung zur Verteilung. Von der Meisterchaft wurde nachstehendes Eingekandt in der „Speyerer Zeitung“ erlassen, das sehr interessant und bezeichnend für die Kampfweise der Bäckernmeister ist, jeder Kommentar würde diesen Kollschrei nur abschwächen, der lautet:

„Zur Lohnbewegung im Bäckereigewerbe.“

Nachdem verschiedene Bäckernmeister so wenig Solidaritätsgedühl besitzen, daß sie einen Lohntarif angenommen haben, welcher in einseitiger Weise nur die Interessen der Bäckergehülften wahrnimmt, liegt es im Interesse der anderen Bäckernmeister, welche durch dieses unbegreifliche Verhalten ihrer Kollegen geschädigt sind, die Namen der letzteren der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Es sind dies die Meister: Gg. Bös, Michael Erbach, Lambert Hug, Peter Holschlag, Peter Siener, Georg Ring, Witwe Ring, Franz Ruhn, Wilh. Widenbörscher, Phil. Frank, Georg Kieg, Phil. Loos, Bernh. Reim, Karl Petermann, Josef Jarrentopf.

Da nun in der „Pfalz. Post“ täglich die Aufforderung steht, nur bei diesen Meistern den Bedarf für den Hausbedarf zu decken, so sehen sich auch die anderen Meister, welche die ungerichtfertigen Forderungen der Gehülften nicht bewilligten, veranlaßt, an das Publikum die Aufforderung zu richten, jenen Meistern die Kundschafft zu kündigen und nur bei denjenigen Meistern seinen Bedarf zu decken, welche fest geschlossen sind. Was dem Einen erlaubt ist, muß auch dem Andern gestattet sein. Wir sind überzeugt, die nichtsozialdemokratische Einwohnerschaft unserer Stadt wird unserer Aufforderung folgen und ihren Bedarf bei den von den Sozialdemokraten boykottierten Bäckernmeistern decken. Namentlich werden auch die staatlichen und städtischen und die privaten christlichen Anstalten, wie die Diakonissenanstalt, das Kloster usw. die letzteren Meister unterstützen.“

Da seitens der Meister der Wunsch geäußert wurde, auf Wunsch ihrer Gehülften würden sie die Kost herausbezahlen, so wollte auch hier die Lohnkommission der Gehülften die Bäckernmeister prüfen. Kollege Strobel wurde daher bei verschiedenen Meistern vorstellt, um zu erreichen, daß die in Arbeit stehenden Gehülften auf Wunsch die Kost ohnebezahl bekommen. Hierbei lieferte aber Herr Wall, Kornmeyerstraße, den Beweis, daß es den Meistern

auch nicht im geringsten ernst ist. Herr Wall erklärte, daß die Zahlung alles abgelehnt hat, er würde unter keinen Umständen bewilligen. Außerdem mischte sich noch seine bessere Gehülften in diese Angelegenheit, in nicht wiederzubegebender Weise beschimpfte sie den Kollegen Strobel und forderte ihn auf, ihren Mann in Ruhe zu lassen, er habe nichts zu unterhandeln. Das schönste leistet sich aber Herr Mintel, Kleine Greifengasse, bei dem nun ein Gehülften nahezu vier Jahre ununterbrochen in Arbeit steht und als selbständiger Arbeiter tätig ist. Mintel glaubt sich dadurch wohl die Sympathie der Arbeiter erwerben zu können, indem er sich brüstet, er würde gerne den Lohn bezahlen, aber er muß dann auch einen tüchtigen Arbeiter haben, sein jetziger Gehülften würde nichts taugen. (4 Jahre war dieser Mann recht, auf einmal, da er seine Rechte wahrnimmt, nicht mehr!) Weiter sei erwähnt, daß Mintel einer derjenigen ist, der jede Vereinbarung zum Scheitern bringen will.

Aus den angeführten Gründen ist zu ersehen, daß die Situation im Meisterlager die ist, die Gehülften möglichst lange an der Nase herumzuführen, ehe was endgültiges geschaffen wird. Am 1. Juni fanden nunmehr neue Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbeinspektors Dr. Fikentscher statt.

Die gepflogenen Verhandlungen mit der Meisterchaft waren nur „scheinweise“, darüber gibt ein „Eingekandt“ in den Speyerer Tageszeitungen Aufschluß, in dem es heißt:

Unseres Erachtens kann doch von einer Anrechnung oder Entschädigung der Gehülften keine Rede sein, wenn dieselben am gleichen Tage des Meisters ihre Beföstigung und im gleichen Hause ihre Wohnung finden! Der Zweck dieser Forderung soll unseres Erachtens mehr der sozialdemokratischen Partei als den Gehülften nützlich sein. Denn die Beföstigung außer dem Hause soll jedenfalls dazu führen, daß dieselben ihren verdienten Lohn bei den Kartellobern, welche häufig Wirte sind, besser unterbringen und die sozialdemokratische Partei leichtere Aussicht über kann.

Die Gehülften verlangen ferner einen Mindestlohn von 18 M. und einen Höchstlohn von 22 M. pro Woche neben freier Wohnung und Frühstück mit Brot zum eigenen Gebrauche.

Bisher haben dieselben 7, 8, 9 und 10 M. als Wochenlohn neben vollständig freier Beföstigung und Wohnung im Hause erhalten, was unseres Erachtens dem oben geforderten Wochenlohn sehr nahe kommt.

Die verehrliche Einwohnerschaft hat auch ein Interesse daran, ein billiges Brot zu bekommen. Der Meister kann auch nicht mehr leisten, als in seinen Kräften steht! Wir erklären hiermit nochmals, daß wir den Forderungen der Gehülften unter der Bedingung nachkommen, daß dieselben ihre Beföstigung und Logis im Hause des Meisters nehmen und es dem Meister freisteht, solche Gehülften aufzunehmen, welche er für gut hält. Wir erklären ferner, daß wir damit nur das Wohl unserer Gehülftenchaft im Auge haben, um sie vor einer vernichtenden Zukunft zu schützen.

Mehrere Bäckernmeister.

Zunächst wollen wir kurz auf den Schlußsatz des Eingekandts eingehen, wonach die Herren Bäckernmeister bestrebt sind, die Gehülftenchaft vor einer vernichtenden Zukunft zu schützen. Dies glauben die Herren vom Kartell wohl in der Weise zu tun, wenn von Jahr zu Jahr mehr ältere Bäckergehülften dem Berufe verloren gehen, woran nur der Kost- und Logiszwang beim Arbeitgeber schuld ist. Gerade durch dieses System wird die Schmutz- und Schleuderkonkurrenz im Bäckergewerbe gefördert, wodurch der Ruin des Kleinhandwerks herbeigeführt wird. Durch Verabreichung ungenügender Kost und schlechter, meistens nicht den hygienischen Anforderungen entsprechenden Schlafstellen, welchen die Herren Arbeitgeber ihren Gehülften zur Verfügung stellen, wollen sie sich konkurrenzfähig erhalten; die Gehülftenchaft soll dafür die Kosten tragen. Es ist daher kein Wunder, wenn, wie Professor Schottelius-Freiburg nachwies, daß 50 Prozent der Bäckergehülften an Tuberkulose sterben.

Die Krankheit ist lediglich auf die anstrengende Arbeit, welche häufig in sehr ungesunden Räumen von den Gehülften verrichtet werden muß, die ungenügende Ernährung, welche ihnen seitens der Bäckernmeister zuteil wird, und die Logis, die mehrfach „Schlafstellen“ gleichen, zurückzuführen. Warum haben denn schon 22 Bäckernmeister die Forderungen der Gehülften bewilligt, nicht etwa aus dem Grunde, um Kundschafft einzufangen, sondern weil sie ihre Gehülften schon vorher richtig behandelten, weswegen für sie auch nicht im geringsten eine Mehrbelastung eintritt. Jetzt sträuben sich nur noch diejenigen, die aus diesem System des Kollwessens Kapital schlagen wollen, meistens sind das aber auch solche Betriebe, wo im Punkte Reinlichkeit sehr vieles zu wünschen übrig bleibt. Wir wollen hier nur eine Bäckerei vorläufig herausgreifen: In unmittelbarer Nähe der Backstube des Herrn Mintel, Kleine Greifengasse, befindet sich ein Hahnenstall (bekanntlich ist dieser Herr der größte Hahnenzüchter Speyers), beim Eintritt in die Bäckerei schlägt einem schon der Geruch entgegen, weiter treiben auch die Hahnen häufig ihr Unwesen in der Backstube. Weitere Bemerkungen über die Reinlichkeit dieses Betriebes wollen wir uns für heute sparen, da bereits Anzeige erstattet wurde. Die weiteren Ausführungen des Eingekandts bestätigen nur, was hier widerlegt bezw. behauptet wird, daß durch den Kost- und Logiszwang sich die Bäckernmeister bereichern wollen. Das Ergebnis der Verhandlungen unter dem Vorsitz des Gewerbeinspektors Dr. Fikentscher wurde von den Bäckernmeistern, welche bis jetzt nicht bewilligt haben, abgelehnt, somit haben diese Herren auf neue ihre Hartnäckigkeit und ihre Prozenhaftigkeit bewiesen.

Der Kampf in Speyer dauert also fort. Eine am 7. Juni abgehaltene Versammlung nahm nach einem Bericht des Kollegen Strobel nachstehende Resolution an: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Bewegung, wonach 23 Bäckernmeister mit 27 Gehülften die Forderungen bewilligt haben. Diefelbe beschließt die Versammlung, nicht in den Streit einzutreten. Sie beauftragt die Lohnkommission, mit Hilfe des Gewerkschaftsartells über die nichtbewilligten Betriebe den Boykott zu verhängen, um überall den Forderungen Geltung zu verschaffen. Ferner macht es die Versammlung jedem Kollegen zur Pflicht, in nichtbewilligten Bäckereien die Auszahlung der Kost zu verlangen.“

Nun liegt es an unseren Kollegen, alles auszubeten, um die Vereinbarungen, welche unter dem Vorsitz des

3. Kost und Logis. Außer dem Frühstückes nebst Gehör wird den Gefellen keinerlei Kost verabreicht. Daffir erhalten dieselben eine Entschädigung von 8 $\mathcal{M}$ pro Woche. In größeren Betrieben ist das Kost- und Logiswesen vollständig abzufestigen und daffir pro Woche 12 $\mathcal{M}$, mindestens aber 21 $\mathcal{M}$ pro Woche zu zahlen. Wo die Gefellen noch beizubringen sind, muß ihnen ein gesunder Schlafraum zur Verfügung gestellt werden. Derselbe muß mindestens für jede darin schlafende Person 20 Kubikmeter Luftraum enthalten und mit Fenstern, die direct ins Freie führen und zum Aewech der Lüftung geöffnet werden können, versehen sein. Für jede darin schlafende Person ist ein eigenes Bett zu stellen, das mindestens alle sechs Wochen gewechselt werden

Personen-Wechsel mit frischer Wäsche versehen werden muß. Die Schlafstube muß im Winter geheizt werden können. Für je zwei Personen muß ein verschließbarer Kleiderkasten vorhanden sein.

4. Wäsch-Vorrichtungen. Es muß ein gesondertes Wäschgeschirr für Gesicht und Oberkörper sowie ein besonderes Geschirr zum Reinigen der Füße vorhanden sein. Für jeden Gefellen sind pro Woche mindestens zwei Handtücher zu liefern.

5. Allgemeines. Zur Schlichtung von Differenzen, die aus vorstehendem Vertrag entstehen, wird eine aus fünf Meistern und fünf Gefellen bestehende Kommission eingesetzt, die auch eventuelle Beschwerden über die Arbeitsvermittlung zu unteruchen und zu schlichten hat. Den unparteiischen Vorsitzenden dieser Kommission stellt das Gewerkschaftsamt von Frankfurt a. O. oder das Gewerbeamt von Frankfurt a. O. Wegen Zugehörigkeit zum Deutschen Bäckerverband sowie wegen der Lohnbewegung dürfen keine Entlassungen oder Maßregelungen erfolgen. Vereinbarungen mit anderen Korporationen oder mit einzelnen Personen, die niedrigere Arbeitsbedingungen, als in diesem Vertrag vorgesehen, enthalten, sind unzulässig. Dieser Vertrag tritt mit dem Tage der Unterschriften seitens der Parteien in Kraft und muß in allen Bäckereien an deutlich sichtbarer Stelle aushängen.

Die Antwort wurde an die Adresse Franz Schneider, Berlin, erbeten. Bis zum 24. Mai hatte aber die Forderung nicht geantwortet. An diesem Tage besaßte sich wiederum eine Versammlung mit dem recht eigentlichen Verhalten des Frankfurter Obermeisters. Die Erregung unter den Kollegen war begreiflicherweise sehr groß, aber die ruhige Überlegung siegte doch über die nur zu begreifliche Erbitterung. Man beauftragte den Gefellen-Ausschuß nunmehr, fernerseits an den Innungs-Vorstand heranzutreten und um Antwort auf die vom Verband eingereichten Forderungen bis zum 5. Juni mittags 12 Uhr zu Händen des Altgefellens Paul Rübach, Frankfurt a. O. zu ersuchen. Nun bequante sich der Obermeister endlich zu einer Antwort. Er schrieb, es sei wegen der Festtagsbäckerei nicht möglich gewesen, in Verhandlungen zu treten. Er, der Obermeister, habe nun zu Mittwoch den 6. Juni alle Frankfurter Meister sowie alle in Frankfurt a. O. arbeitenden Gefellen zu einer Aussprache eingeladen. Diese Aussprache fand dann auch statt. Wenn aber der Obermeister geglaubt hatte, noch die alten, gebulbigen Schalllein von früher vor sich zu haben, die er mit einigen schönen, glatten Neben- und nichtsagenden und zu nichts verpflichtenden Versprechungen abspäßen zu können glaubte, so hatte er sich gründlich geirrt. So war zu dieser Besprechung auch der Kollege Deichbold aus Berlin erschienen. Der Obermeister erluchte ihn aber, die Versammlung zu verlassen. Darüber entspann sich nun schon eine erregte Debatte. Unsere Frankfurter Kollegen hatten Lust, ebenfalls die Versammlung zu verlassen und den Obermeister mit seinem Stabe allein zu lassen. Nur durch das Versprechen des Obermeisters, sich jeder Art der Beeinflussung zu enthalten und nur darüber abstimmen zu lassen, ob die Frankfurter Gefellen auch wirklich mit den eingereichten Forderungen einverstanden seien, vermochte unsere Kollegen zum Bleiben zu veranlassen. Auf Verlangen unserer Kollegen wurde geheim abgestimmt. Das Resultat war, daß sich 50 Kollegen mit unseren Forderungen einverstanden erklärten, während 6 dagegen stimmten. Nach dieser Abstimmung erklärte der Obermeister, daß er bis Dienstag den 19. Juni dem Altgefellens das Weitere mitteilen werde.

Was nun herauskommen wird, weiß man nicht. Soviel aber steht fest: die Innung von Frankfurt a. O. hat den Ernst und die Entschlossenheit unserer dortigen Kollegen gesehen. Ob trotzdem auch dort die Bäckermeister, ähnlich wie in Stettin, unsere Kollegen zur Verzweiflung und in den Kampf treiben wollen, erscheint augenblicklich noch etwas fraglich. Wenn unsere Kollegen noch mehr als bisher ihre Schuldigkeit tun und auch den letzten Frankfurter Kollegen der Organisation zuführen, dann werden wir auch in Frankfurt a. O. noch in diesem Jahre einen schönen Erfolg verzeichnen können.

Bäckerbewegung im Auslande.

Oesterreich. Für den 13. und 14. August d. J. wurde der zweite ordentliche Verbandstag des Verbandes der Bäckerarbeiter Oesterreichs nach Wien einberufen. Die Tagesordnung desselben umfasst 8 Punkte, von denen als die wichtigsten die nachfolgenden bezeichnet werden müssen: 3. Aenderungen betr. das Beitrags- und Unterstützungs-wesen; 4. Agitation und Organisation; 5. Lohnbewegungen und Streiks; 6. Die Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung.

Seitens des Verbandsvorstandes liegen für den Punkt 3 der Tagesordnung noch keine Anträge vor, aber dennoch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich die Mehrzahl der Delegierten für eine entsprechende Beitrags-erhöhung eher entscheidet, als für die Reduzierung der gegenwärtigen Unterstützungs-einrichtungen. Die Sache liegt einmal so, daß entweder eine Beitrags-erhöhung oder aber eine Herabsetzung der Unterstützungen vorgenommen werden muß. Es ist für einen Gewerkschafter gewiß un-sicher, sich für das Zweckmäßigere hier zu entscheiden, und so wollen wir hoffen, daß die Werbestärke unserer Organi-sation auch durch die Vornahme einer mäßigen Beitrags-erhöhung keinerlei Einbuße erleiden wird. Haben doch die Mitglieder des Verbandes dem Jahresberichte pro 1905 bereits entnommen, welche gewaltige Steigerung die Aus-gaben für Unterstützungen gegen das Jahr 1904 aufwiesen und nun zeigt der Kassenbericht pro Monat April, daß das Allgemeine Konto ein Defizit von 1500 Kr. zu ver-zeichnen hat. Klarer und deutlicher kann die unabdingte Notwendigkeit einer Beitrags-erhöhung mit den Worten nicht begründet werden, als es uns die Sprache der Ziffern sagt. Im 63.3 Proz. sind die Unterstützungen laut Jahres-bericht 1905 gestiegen, 67.279 Kr. wurden von 155.811 Kr. Gemeinnahmen (inkl. 41.712 Kr. der Reservefonds-Ein-nahmen) nur für Unterstützungen allein ausbezahlt; 32.9 Kronen hatte das Allgemeine Konto noch am Anfang des laufenden Jahres, und nun ist dieser Betrag durch die fortwährend steigende Unterstützung ganz aufgezehrt, ja es liegt bereits 1500 Kr. Defizit vorhanden. Bis zum Ver-bandstage kann sich also das Defizit bei normaler Auszah-lung bis auf 6000 Kr. belaufen; aber auch das Kranken-untersützungskonto ist innerhalb der ersten 4 Monate des laufenden Jahres um 3208 Kr. gesunken, ein Beweis da-für, daß auch die Beitragsquote des Krankenunterstützungs-kontos erhöht werden muß, sollte die Höhe der Kranken-untersützung nicht reduziert werden.

Eine Begründung der traurigen Tatsache, daß das Progenverhältnis der Unterstützungsabzahlungen konstant steigt, dürfte in dem langsamen Wachstum der Verbands-mitglieder einerseits und in der überlangen Vakanz der organisierten Fachkollegen andererseits gesucht werden. Oesterreich ist nicht nur sehr städtisch, sondern auch die Vielsprachigkeit trägt viel bei, daß sich unser Verband nicht sprunghaft entwickeln kann. Ein prägnanter Überblick der Entwicklung des Verbandes beweist, daß mit Ausnahme Niederösterreichs und Steiermarks eine besonders bemerk-bare Steigerung der Mitgliederzahl nicht konstatieren wer-den kann. Galizien wurde erst im Sommer des Vorjahres gewonnen, aber auch hier sind mehr oder weniger nur schwache Anläufe der Organisation vorläufig aufzuweisen. In beiden Hauptstädten, Krakau und Lemberg, bestehen noch immer lokale Organisationen, deren Leitungen es nicht begreifen wollen, daß der Befreiungskampf durch den An-schluss an den Zentralverband nur gefördert wird. Das Verhältnis der Prager Fachkollegen zu unserem Verbande ist leider auch ein eigenartiges geworden, woran nicht etwa wir, sondern jene tschechischen Bolitiker schuldtragend sind, die auch in der tschechischen Gewerkschaftsbewegung die ent-scheidende Rolle spielen. Durch diese Weiterung, meinen wir, liegt auch der Anschlag der Prager Kollegen an den Zentralverband in einer größeren Ferne, als dies vor zwei Jahren der Fall war. Für diese Annahme spricht die ganze Haltung unserer alten Prager Freunde, die mit dem Strome mitgerissen wurden. Wehrhaft ist also die Ent-wicklung unseres Verbandes und wir müssen alle Mühe dazu aufwenden, um eine innere Festigung unserer Or-ganisation herbeizuführen.

Ferner bildet die übermäßig lange Vakanz unserer Mitglieder auch eine nicht zu unterschätzende Ursache der großen Inanspruchnahme der Unterstützungs-einrichtungen. Bezieht doch die große Mehrzahl der Vakanten die Arbeits-lozenunterstützung zur Gänze (7 und 10 Wochen) und findet auch dann noch wochenlang keine Arbeit. Daß ein zu kleiner Wechsel der Plätze diese enorm lange Vakanz ver-schulden möchte, ist unzutreffend, sondern zutreffend ist die vollständige Verfahrenheit des Arbeitsvermittlungs-wesens. Der Arbeitsnachweis muß seitens der Verbandsorgani-sation energig überall in Besitz genommen werden und dann erst wird sich die ungleich lange Dauer der Arbeits-lozigkeit regulieren lassen. Bestimmt wird dieser Kampf große Opfer kosten, da die Meister die traffen Auswüchse der Regellozigkeit im Vermittlungswesen hartnäckig ver-teidigen werden, weil nur sie das Elend der Arbeitslosen zu Lohnbrüderereien ausgenutzt haben, aber das darf uns vor diesem ersten Schritte nicht abhalten. In Wien ist man gegenwärtig daran, durch die Einführung von Kontroll-scheinen jede Winkelvermittlung zu beseitigen, und schon melden sich die falschen Arbeiterfreunde, der Lueger-magistrat und der Verband der „Christlichen“ Ge-hülfsen, die gemeinsam diese Reform verhindern wollen. Der k. k. Magistrat sieht in dieser Einführung eine „Kompetenzüberschreitung“ des Gehülfsen-ausschusses, der „christliche“ Verband wieder verleiht in einem Zir-kular an die Meister unsere Organisation; wir sollen uns zur Aufgabe gestellt haben, alle mittleren und kleinen Meister zu Grunde zu richten (charakterlose Demagogie!) und deshalb erluden sie die Meister, deren Unterstützung sie immer sicher sind, sich in Fällen der Einstellung von Arbeitern nur an den christlichen Verband zu wenden; dieser stellt den Meistern eine genügende Anzahl von tüchtigen Arbeitern zur Verfügung. Und da wollen diese Subjekte keine Streikbrecherorganisation sein!

Auf Ergebnisse bei den Kosten für Agitation, Organi-sation und Verwaltung, die dem Allgemeinen Konto zur Last fallen, kann nicht gerechnet werden, es fragt sich also nur, wie hoch die Steigerung des Beitrages bemessen wer-den soll, damit die gegenwärtigen Unterstützungen aufrecht-erhalten werden. Der Beitrag der 1. Klasse beträgt derzeit 52 Heller, wovon 20 S. dem Reservefonds, 6 S. dem Fach-blatt und 26 S. dem Allgemeinen Konto zufallen. Hier wird man kaum über 4 S. pro Beitrag hinaufgehen können, weil noch der Krankenversicherungsbetrag und der Rücklag für die Ortsgruppekasse dazu kommt, so daß der Beitrag 1. Klasse 60 S. betragen würde. Der Beitrag 2. Klasse sind derzeit 68 S.; sollte hier nur die Quote für das All-gemeine Konto erhöht werden, so würde dann der Beitrag 72 resp. 76 S. betragen. Der Beitrag 3. Klasse (88 S.) wird wahrscheinlich inkl. des Aufschlages für die Kranken-versicherung auf 1 Kr. abgerundet werden. Auch besteht die Meinung, die Unterstützungs-dauer bei der 3. Klasse gleich-zustellen mit der der 2. Klasse, was nur gerecht wäre. Derzeit erhalten die Mitglieder der 3. Klasse die Unterstützung um 50 Proz. länger als die der 2. Klasse; obwohl für den Mehrbetrag von 20 S. gegenüber der 2. Klasse die Höhe der Unterstützung um 50 Proz. größer bemessen ist. Auch wurde der Meinung Ausdruck gegeben, die Kranken-untersützung gleichfalls erst nach 52 geleisteten Beiträgen zu gewähren, wogegen dies jetzt nur bei der Arbeitslosen-untersützung erforderlich ist. Dadurch würde vielleicht eine Erhöhung der Quote für das Krankenunterstützungskonto nicht notwendig sein, da jetzt schon nach 26 Beiträgen die Krankenunterstützung ausgesetzt wird. Jedenfalls wird aber kein Abfall von Mitgliedern eintreten, da die Unter-stützungen auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaut sind, was gar nicht anders denkbar ist.

Welche positiven Beschlüsse zum Punkt „Organisation und Agitation“ der Verbandstag fassen wird, ist derzeit noch unmöglich zu sagen, da noch keine konkreten Anträge zu diesem Punkte vorliegen. Die Anstellung von besoldeten Gauleitern kann wohl diskutabel werden, aber daran gehen wird man bei unserer ganzen inneren Zusammenziehung und bei dem derzeitigen Mitgliederstande noch nicht können. Nur Abhaltung von bloßen Agitationsstunden sind so schließ-lich auch beim deutschen Bundesverbande die Gauleiter nicht angestellt worden, wenn auch damit nicht gesagt ist, daß wir die Wichtigkeit solcher Agitationsarbeit unterschätzen wollen. Die fruchtbringendste Agitation ist die Fleinarbeit, die nicht der Gauleiter und nicht der Verbandsvorstand, sondern die Vertrauensmänner in unseren Betrieben in geeigneter Weise leisten können und sollen. Hier wird man durch Rat und Tat nachhelfen müssen.

Was die Lohnbewegungen und Streiks anbelangt, so wissen wir, daß auch auf diesem Gebiete noch vielach ge-sündigt wird. Die Lohnbewegungen müssen mit dem Ein-verständnis des Verbandsvorstandes vorbereitet werden, die Streikenerbegeisterung darf nicht die Achse sein, um die sich alles zu drehen hat. Gewiß gibt es für unsere Kämpfe keine Schablone, das richtet sich je nach der Be-deutung der Umstände, aber vermeiden muß werden, un-nützerweise schwere Opfer der Gesamtorganisation aufzu-

erlegen, oder in aussichtslose Kämpfe bis zur vollen Er-schöpfung sich zu stürzen. Mehr Routine und kühle Über-legung vermögen mehr auszurichten, als der blinde Eifer in wirtschaftlichen Kämpfen.

Der 6. Punkt „die Ausgestaltung der Arbeitsvermitt-lung“ wird voraussichtlich zu einer reichen Debatte An-las geben. Wahr ist es, daß wie bisher, es mit dem Ver-mittlungswesen in unserer Branche nicht weiter gehen kann und daß wir alle Kraft und Energie dazu aufwenden müssen, den Arbeitsmarkt in eigene Hände zu bekommen. Die Duldung des alten Schlenkdrans auf dem Gebiete des Ver-mittlungswesens rächt sich an uns selbst, was am deutlichsten in Wien zu bemerken ist. Die christlichen Streikbrecher-faseln von einem gänzlich Niedergange unserer Organi-sation, den sie gemeinsam mit den Meistern dadurch her-beizuführen hoffen, wenn einerseits alle tätigen Genossen von den Meistern aufs Pflaster geworfen werden, ander-seits wenn sich die Meister ausschließlich an die „Christ-lichen“ um Arbeitskräfte wenden, damit derjenige Gehülfe, der auf der Suche nach Arbeit ist, diese nur durch die „Christlichen“ erhält. Sie spekulieren auf das große Elend unter den Arbeitslosen, weil sie damit rechnen, daß ein hungernder und notleidender Fachkollege durch die Vor-spiegelung einer sofortigen Arbeit bald wankelmütig wird, sich den Kopf verwirren läßt und beifalls der Zuweisung einer Arbeit ihnen beitrifft. Sie betreiben deshalb ihre Hauptagitation unter den Vakanten, verdächtigen in echt christlicher Weise unsere bewährten Vertrauensmänner, ver-giften und verfälschen die ganze Arbeiterbewegung. Dieses systematisch betriebene Aussperrungs-maßnahme soll unseren Verband in seinen Aktionen gegen die Ausbeuter ohnmächtig machen, indem das Untergraben des Vertrauens zur eigenen Kraft die Kollegen entmutigt, und die notwendige Soli-darität aller Ausgebeuteten dezimiert. Das ist das Ziel der Ausbeuterwerkzeuge, der Kampf in den eigenen Reihen soll den Meistern ihre Profitrate sichern, indem wir uns gegenseitig die Köpfe zerhacken sollen. Diese edlen Be-strebungen der „Christen“ müssen durchkreuzt werden, die Arbeiter müssen durch innere Erkenntnis diesen Subjekten ihr Verräterhandwerk legen und es wird ihnen auch ge-legt werden.

Eicherlich werden die Beschlüsse des zweiten Ver-bandstages eine weitere Vorwärtswentwicklung unserer Ver-bandorganisation sichern, damit wir uns nicht nur mehr ausbreiten, sondern damit der Verband auch in die Tiefe wächst, damit jeder ehrlich denkende Fachkollege auf seinem Posten ausharrt und mit gestärktem Mut gegen alle seine Feinde ankämpft.

Der fünfte nationale Kongreß der Bäckerei- und Konditorei-italiener findet vom 14. bis 17. Juni d. J. in Mailand statt. Die Tagesordnung ist eine außerordentlich wichtige; neben den üblichen Rechenschaftsberichten ist hervorzuheben: Die Abschaffung der Nachtarbeit; die Organisation der Müller und Kondi-toren; die soziale Gesetzgebung; Umwandlung des Branchenverbandes in einen Industrieverband; internationale Ver-bindungen. Wie wir schon in einer Reihe von Artikeln gezeigt haben, sind unsere italienischen Kollegen schon seit Jahren bestrebt, die Nachtarbeit gänzlich zu beseitigen. In einigen Städten ist ihnen dies auch schon gelungen, aber sie haben einen beständigen Kampf mit den Meistern, um diese Errungenschaften aufrecht zu erhalten. Es muß also dahin gestrebt werden, die Abschaffung der Nachtarbeit durch staatliche Gesetze herbeizuführen. Die Müller und Konditoren sollen eventuell in besonderen Sektionen an den Bäckerei- und Konditorei-Verband angeschlossen werden, um so zu einem Industrieverband dieser ganzen Industrie-gruppe zu gelangen. Es ist dabei zu bemerken, daß Müller und Konditoren in Italien sehr schlecht organisiert sind. Bei dem Punkt „Soziale Gesetzgebung“ wird es sich namentlich um Herbeiführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, die in Italien überhaupt noch nicht besteht, handeln; ferner aber auch um die Unfallversicherungsgesetzgebung. Auch eine Diskussion über die Erhöhung der Beiträge wird es auf dem Kongreß geben. Der Vorstand hält die Anstellung von Agitatoren für notwendig und dazu sowie zu anderen Aufgaben müssen dem Vorstand größere Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Wie man sieht, harren auf dem Kongreß unserer italienischen Kollegen Punkte von großer Wichtigkeit ihrer Erlebigung und wir hoffen, daß die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses zum Besten der italienischen Bäckerei- und Konditorei-Verbande ausfallen mögen.

Die Achtstundebewegung in Frank-reich und die Bäckergehülfsen. Wie bekannt, hatte der letzte Kongreß der französischen Gewerkschaften in Bourges beschlossen, daß die Arbeiter vom 1. Mai d. J. ab nur noch 8 Stunden tätig sein sollten. In allen Be-rufen sollte die Bewegung zur Erringung des Achtstundentages vor bzw. am 1. Mai eingeleitet werden. Später war der Beschluß dahin ausgedeutet worden, daß er nicht buchstäblich zu verstehen sei, sondern daß die Gewerkschaften vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt anzu-streben hätten. Entsprechend diesem Beschluß sind auch unsere französischen Kollegen in einer großen Anzahl von Städten in die Bewegung eingetreten, um eine Verkürzung der Arbeitszeit oder auch unsere Forderungen durchzu-brücken. Ueber die Resultate dieser Bewegung entnehmen wir dem französischen Gewerkschaftsblatt folgende Einzel-heiten: In Marseille reichten unsere Kollegen vor dem 1. Mai ihre Forderungen an die Meister ein und es ge-lang ihnen, folgendes Resultat zu erzielen: wöchentlich wiederkehrender Ruhetag; Erhöhung des Lohnes um 25 Centimes pro Tag, so daß die ersten Gefellen jetzt 7 Frs. pro Tag (5.60 A.) erhalten. In Bordeaux gelang es unseren Kollegen, nur einen Teil ihrer Forderungen durch-zusetzen; sie werden aber in kurzer Zeit wieder von neuem in die Bewegung eintreten. In Limoges wurde am 1. Mai eine vollständige Arbeitsruhe durchgesetzt und am 2. Mai traten die Bäckerei- und Konditorei-Verbande in den Streik, um nach einigen Tagen siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen. Die Hauptforderung war der Ruhestundentag, den die Meister bewilligen mußten. In Brest waren bekanntlich eine ganze Reihe von Berufen in die Bewegung eingetreten, Behörden und Unternehmern gingen zusammen, um die Arbeiter zu unterdrücken. Dort hatten unsere Kollegen die achtstündige Arbeitszeit, Abschaffung aller Überarbeit, sowie Abschaffung der Nachtarbeit und Verringerung des Kost- und Logiswensens gefordert. Den wöchentlichen Ruhe-tag haben unsere dortigen Kollegen bereits seit einem Jahre durchgesetzt. Hier konnten unsere Kollegen einen vollen Erfolg nicht erzielen. In Grenoble gelang es, das Austragen der Badware abzuschaffen; in der nächsten Zeit soll hier in die Bewegung eingetreten werden zur Errin-gung des wöchentlichen Ruhetages. In Montlucon, Ville, Amiens, Toulouse, Lyon usw. ist die Bewegung von teil-weitem Erfolge begleitet gewesen. Ueber kurz oder lang

Schweiz. Sonntagsruhe für Väter. In Basel ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die den vielbeschäftigten Vätergehülften etwas Freiheit sichert. Es ist ihnen an den hohen Festtagen Weihnachten, Ostern, Pfingsten sowie Karfreitag und Aschtag je eine 24stündige Sonntagsruhe zugesagt worden. Bei der demnächst zu erfolgenden Revision des Sonntagsgesetzes soll diese Freigabe auf alle Vätereiien ausgedehnt werden. Die Ruhezeit beginnt jeweils am Vorabend des betreffenden Festtages. Schon an Pfingsten ist diese Ruhezeit zum ersten Male in Kraft getreten. Die Arbeit mußte bereits am Sonnabend bis gegen Abend beendet sein. Am Sonntag morgen wird auch keine Pundtschaft mehr bedient. Die Organisation der Väter Kollegen hat die erste Sonntagsruhe in sehr vernünftiger Weise ausgenützt, indem sie einen Ausflug arrangierte.

Die Statistik über den Stand der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905 ist eben von der Gewerkschaftskommission in einem stattlichen Heftchen herausgegeben worden. Danach hat das Jahr 1905 mit einem hocherfreulichen Aufschwung abgeschlossen. Mehr als 244 000 neue Mitglieder wurden den Gewerkschaften zugeführt, ausgetreten sind rund 110 000 so daß sich ein reiner Zuwachs von 133 000 Mitgliedern nachweisen läßt. Der Genosse Hueber, Vorsitzender der österreichischen General-Kommission, hebt hervor, daß an diesen Erfolgen auch die Sozialdemokratie aller Nationen Österreichs ihren rechtlichen Anteil habe. Alle Versuche der politischen Gegner, starke nationale, christlich-soziale oder auch nur sogenannte zentralistische Gewerkschaften zu gründen, seien vergeblich geblieben. Auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern breche sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß national-sozialistisch gedachte Gewerkschaften in einem Staate wie Österreich naturgemäß zu einer Entfremdung der Gewerkschaften untereinander führen müßten, weil das besondere Erwerbs nationaler Einrichtungen bei der steigenden Mollie der Arbeiterschaft nicht in den gewünschten Bahnen des von uns verkündeten Internationalismus befruchtet und gelenkt, sondern vielmehr in Österreich bei den vorhandenen nationalen Wirren falsch verstanden werden müßte. Die Zentralverbände gewinnen denn auch immer mehr an Einfluß, die Sozialvereine gehen zurück. Die Mitglieder haben sich im Jahre 1905 um 2 vermehrt, während die Sozialvereine von 121 auf 100 gesunken sind. Die Zahl der Zentralverbände stieg von 2195 auf 2264. Die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften betrug 323 000 gegen 189 121 im Vorjahre. Besonders eindruckend ist die Zunahme an weiblichen Mitgliedern, die 15 347 oder 117,5 Prozent betrug; die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder betrug Ende 1905 am 23 402 gegenüber 12 000 Mitgliedern haben nur 6 kleinere Organisationen aufzuweisen.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Augsburg. Im 31. Mai. nahmen die Vögte-
 rathen in ständiger Versammlung Stellung gegen die ge-
 plantte Verschleppung und Verschleppung der angründigen
 Vögtevernehmung. Das Kärntner hatte Genüge
 davon übernommen, der anführte, daß es gerade die
 Vögtevernehmung sind, die unter dem höchsten Arbeits-
 verhältnisse noch leiden müssen. Schon kann trägt neben
 der bewußten Vögtevernehmung und Vögtevernehmung
 der Vögtevernehmung die Vögtevernehmung des gesamten Vögte-
 vernehmung, die Vögtevernehmung, der Vögtevernehmung u. s. w.
 Es kann noch, daß gerade die Vögtevernehmung sich
 nicht nur ihrer Lage noch günstig kreuzt sind und
 ihre Vögtevernehmung fernhalten, ja selbst zum Teil sogar
 nach Vögtevernehmung. Reiter beschreibt die einzelnen Punkte
 der Vögtevernehmung und selbst die Vögtevernehmung auf, gegen
 welche Art der Vögtevernehmung und Vögtevernehmung
 nach Vögtevernehmung Stellung zu nehmen. Der Vögte und
 Vögtevernehmung sind es der, daß sich Vögtevernehmung
 Vögtevernehmung dem Vögtevernehmung Vögtevernehmung annehmen,
 es ist nach Vögtevernehmung Vögtevernehmung auf die Vögte- und
 Vögtevernehmung in Vögtevernehmung zu lassen. Vögte
 können die Vögtevernehmung und Vögtevernehmung werden, Vögte,
 die zum Vögtevernehmung Vögtevernehmung werden, auch zu
 Vögtevernehmung. In der Vögtevernehmung nach der Vögtevernehmung
 Vögtevernehmung die Vögtevernehmung Vögtevernehmung Vögtevernehmung
 Vögtevernehmung Vögtevernehmung Vögtevernehmung, wenn die Vögtevernehmung
 Vögtevernehmung Vögtevernehmung Vögtevernehmung.

Gen.-Kriegsminister. Am 7. Juni 1906
hat eine k. k. Kriegsverordnung dem. Am der
Tagesordnung steht: „Beschreibung und Beschreibung“

In Danzig referierte Kollege Allmann am 7. Juni in einer öffentlichen Versammlung über die Erfolge bei unseren diesjährigen Lohnkämpfen und über die Frage, wie sich die Danziger Kollegen zu den am 15. Juni in Kraft tretenden Vereinbarungen mit der Innung zu verhalten haben. Leider zeigte sich auch hier die gewünschte Klarheit nach einer Lohnbewegung, denn nur circa 75 Kollegen waren in der Versammlung erschienen. Nachdem der Redner in überzeugender und zu Herzen gehender Weise seinen Vortrag erledigt hatte, forderte er die Kollegen auf, jetzt ihre Wünsche und Bemängelungen an dem abgeschlossenen Vertrage vorzubringen und das geschah denn auch von einer Anzahl Kollegen. Vor allen Dingen wurde es scharf beurteilt, daß in einem Flugblatte zu einer der letzten Versammlungen gestanden hatte: Kollegen, packt Eure Sachen um. Dadurch wären manche Kollegen, die bestimmt auf den Ausbruch des Streiks gerechnet hatten, ihre Stellung losgeworden. Der Lohnkommission und Kollegen Ziegen wurden Vorwürfe gemacht, daß sie den Meistern zu weit entgegengekommen wären, und der Versammlung nicht die volle Wahrheit über den Stand der Verhandlungen gesagt hätten, und besonders wurde über das Auftreten des Hauptkassierers in der Versammlung geschimpft. Aber alle Redner erklärten, daß sie trotzdem der Organisation treu bleiben würden, trotzdem sie nicht mit dem Ausgang der Bewegung zufrieden seien. Die Kollegen Maßfies, Schiel und Niegel traten solchen Ausführungen entgegen und Allmann nahm wiederholt in der Debatte das Wort und suchte die Beschwerden auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Die scharfen Worte in dem Flugblatte berückte auch er, wie er überhaupt die Meinung vertrat, daß nicht bei Lohnbewegungen, wenn schon Verhandlungen mit den Meistern stattfinden, und dieselben annehmbare Angebote machen, wie es hier geschehen sei, eine derartig heftige Wendung in den Flugblättern gebraucht werden dürfe, denn dadurch würde die Stimmung der Kollegen nur noch erregter. Sondern in solcher Situation müsse den Kollegen in Flugblättern und in den Versammlungen klargestellt werden, was ungefähr zu erreichen sein würde, es dürften ihnen aber nicht unerfüllbare Hoff-

wurde, es wurden ihnen aber keine Anpreisungen gemacht und Verheißungen gemacht werden. Im Uebrigen zeigte aber der Redner den Versammelten, daß sie, nachdem in ihrer Stadt erst drei Jahre eine Organisation bestanden und dieselbe bis kurz vor der Vohabewegung immer verhältnismäßig sehr schwach war, sehr wohl mit den Erfolgen dieses Vohadampfes und mit dem abgeschlossenen Dritte einberunden sein können, und daß viele Meister nach denselben schon jetzt bezahlen, trotzdem er noch nicht in Kraft getreten sei, nach jedem die erzielten Erfolge besonders über Vohnerhöhungen von 2 bis 3 Mark find keine Seltenheit und jetzt müsse nur die Organisation auf der Höhe erhalten werden, damit der Lohn stritte durchgeführt wird und dann in kurzer Zeit mehr zu erringen sei. Schließlich beruhigten sich die Gemüther und wurde die Versammlung nach anfänglicher Erregung und dann sehr lebhafter Debatte mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Alle Mitglieder versprachen, nun weiter an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten und nur so werden in Zukunft die errungenen Erfolge zu erhalten und später noch bessere Erfolge zu erringen sein. In einer Sitzung der Schlichtungskommission wurden dann die Aufgaben unserer Vertreter in derselben eingehend besprochen und wird die bestenfalls ihre Pflichten in jeder Weise erfüllen.

Saxan. Am 31. Mai fand eine öffentliche Protestversammlung statt, in welcher Gauleiter Santos über „Die Verschleppungssatirist und Verschlechterungsberichte der Regierung gegen die seit 7 Jahren gebante Baderrei-Verordnung“ referirte. Die Ausführungen des Referenten fanden begeisterten Beifall und wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Hierna schloß sich eine freie Disputation, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten. Der Vorsitzende gab einen Fall bekannt, welcher so recht deutlich zeigt, wie sich die Herren vom Vordrag gegenüber dem Ehrenwerte Behnemann verhalten. Der Vordranger Meister Vorsicht 23, schickte seinen Lehrling jeden Sonntag nach 11 Uhr mit dem märchen Gehäck zu seinem Kunden; der Junge, welcher klagte, daß diese Verschleppung am Sonntage ungeschicklich ist und von derselben bereits kein wollte, ließ direct einem Schnitzmann in die Hände; das Auge des Geheges wandte sich jedoch ab, um den armen Jernel nicht zu sehen und so nicht gezwungen zu sein, der Justitia die Hände von den Augen zu nehmen und dem Jungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den Meister zur Verantwortung ziehen zu müssen. Andern Tags jedoch begab er sich in den Laden des betreffenden Gehegesberthalters und ersuchte ihn, seinen Lehrling zu beurlauben, bei einer derartigen Mission nicht den Schnitzmann in die Hände zu lassen, da dieselben sonst gezwungen wären, Anzeige zu erstatten. Das Resultat dieser Enterselktion sparte der arme Lehrling auf seiner rechten Wade in Gestalt einiger freilicher Anzeigen — und so war dem Gehege Genüge gethan. Ammer war überflüssig. Kollege Santos sprach in einem Schlusswort die Hoffnung aus, daß die Kollegen Honoras endlich zur Einsicht kommen, daß nur Selbsthilfe ihnen zu etwas günstigeren Lebens- und Arbeitsbedingungen verhelfen kann und schloß mit einem warmen Appell, sich dem Deutschen Arbeiterbunde anzuschließen. Hierna traten vier Kollegen dem Verbände bei.

Veröffentlichung. In der Nr. 23 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ vom 9. Juni d. J. hat sich in den Artikeln: „Die Opa- und Arbeitsverhältnisse gewerkschaftlicher Arbeiter und Arbeiter“ ein zusammenfassender Bericht eingestellt. Auf der zweiten Seite dieser Gruppen der Zeitschrift muß es heißen:

Berufsgruppe:	Gruppen der Vereine							
	I a		II a		III a		Gesamt-	
	Zahl der		Zahl der		Zahl der		Zahl der	
	Vereine	Angestellten	Vereine	Angestellten	Vereine	Angestellten	Vereine	Angestellten
Baummeister	94	45	20	21	11	11	65	77
Vorarbeiter, Schichtführer u. Alleinarbeiter im Bäuderei-Klein- betrieb	25	43	24	39	14	14	63	96
Bändergeffellen	44	482	41	203	16	23	101	708
Gesamtzahl	103	570	85	263	41	48	229*	881

*) Da die Vereine über die einzelnen Berufsgruppen je eigens berichteten, so sind natürlich die einzelnen unter "Vereine" mehrfach rubriziert.) Die Zahl der Vereine, die über ihre Zweigbetriebe berichteten, beträgt 92. Es sind also in 92 Betrieben 881 Personen, Bademeister und Gesellen zusammen, beschäftigt. Etwas willkürlich erscheint aber die Schematisierung in drei Gruppen hoch, wenn wir sehen, daß beispielsweise mehr als die Hälfte der Vereine in die II und III Gruppe entfällt. Auf den ersten Blick mag dieses nichts Auffälliges oder Hartes an sich haben, aber in den Lohn- und Arbeitszeittabellen macht sich die Härte nach jeder Richtung geltend. In der Lohn-tabelle kommt dies noch weniger zum Ausdruck als in der Arbeitszeittabelle.

Mitgliedschaften und Einzelzahler im Gau Berlin.
Auf Beschluß des Gauvorstandes finden folgende Ver-
sammlungen statt:
Straßund: Dienstag den 19. Juni.
Cottbus: Mittwoch den 20. Juni.
Forst i. L.: Donnerstag den 21. Juni.
Spremberg: Freitag den 22. Juni.
Referent: Bruno Reymann-Dresden.
Stettin: Donnerstag den 21. Juni.
Referent: Oskar Altmann-Hamburg.
Frankfurt a. O.: Dienstag den 19. Juni.
Stendal: Mittwoch den 20. Juni.
Magdeburg: Donnerstag den 21. Juni.
Halberstadt: Freitag den 22. Juni.
Wernigerode: Sonntag den 24. Juni.
Mischerleben: Dienstag den 26. Juni.
Bernburg: Mittwoch den 27. Juni.
Dessau: Donnerstag den 28. Juni.
Göthen: Freitag den 29. Juni.
Stahlfurt: Sonntag den 1. Juli.
Schönebeck: Dienstag den 3. Juli.
Rathenow: Mittwoch den 4. Juli.
Brandenburg: Donnerstag den 5. Juli.
Referent: Carl Hentschold-Berlin.
Kollegen! Sorgt allerorts für Massenbesuch dieser
Versammlungen.
Der Gauvorstand.
Carl Hentschold, Berlin, Auguststr. 36.

Achtung, Köln, Koblenz, Neuwied!
Den Kollegen, die den Rhein bereisen, diene zur Nachricht, daß für organisierte Kollegen der Verkehr in Neuwied bei Witwe Chiappini, Schloßstraße 72, ist. Dortiebst billiges und gutes Logis. Frau Chiappini nimmt jederzeit Beiträge von unseren Mitgliebern in Neuwied und Umgebung entgegen. Kollegen, die dort oder in der Nähe in Arbeit treten, sind speziell darauf aufmerksam gemacht.
In Koblenz sind die Beiträge bei Herrn Ferges, Mojeistr. 41 (Goldener Ring) zu entrichten. Dortiebst Verkehr unserer Mitglieder von Koblenz und Umgebung.
Für Eil, Bahn und Umgebung ist Kollege August Wieselmann, bei Herrn Broscheid, Gastwirtschaft und Bäckerei in Eil, zur Entgegennahme von Beiträgen bereit. Aufnahmen werden in diesen Pabststellen jederzeit entgegengenommen.
F. M.: Josef Dietrich, Köln, Voijerenstr. 16 II.

Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes.
Für den „Bäcker-Kalender 1907“ müssen alle
Einsendungen von Mitarbeitern aus den Reihen unserer
Kollegen bis zum 1. August d. J. erfolgt sein und bitten
wir, dieses berücksichtigen zu wollen. Spätere Einsendungen
können nicht mehr verwertet werden.

Den Vorständen der Müglichschaften sowie allen Vertrauensleuten und Einzelmitgliedern sind Fragebogen und Vorkliffen zugegangen, welche genau auszufüllen und bis spätestens 1. Juli d. J. an den Verbandsvorstand einzufenden find.

Das Ergebnis dieser Erhebung soll in einer recht bald erscheinenden Agitationsbroschüre mit Verwertung finden, welche die Lohnbewegungen und Streiks des Jahres 1906 behandeln wird. Wir ersuchen um genaue Ausfüllung und pünktliche Einbringung dieser Fragebogen und Vorkliffen.

Ausleitung der Hauptkasse.

Vom 4. bis 10. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Mai: Mitgliedschaft Jülich 92.40 *M.*; Birmaiers 60.90; Halle 97.60; Magdeburg 195.30; Schönebeck 9.40; Görtz 15.30; Danzig 169.40; Gomburg v. d. S. 57.—; Neumünster 17.60; Altona 559.90; Nürnberg 340.55; Hofenheim 65.40; Bremen 192.60; Mannheim 452.70; Mainz 212.35; Wiesbaden 210.10; Eßlingen 13.20; München 1341.70 *M.*

Für April und Mai: Badreuth 13.50 *M.*

Von Einzelsählern der Hauptkasse: R. H. Geesbacht 26.— *M.*; E. L. Maschau 18.—; R. S. Mideburg 5.—; H. H. Weizenleipe 1.—; P. L. Haide 2.50; H. S. Hartig 5.—; R. W. Wiedorf 6.50; S. S. Hofstra 10.—; E. W. Deiselm. i. E. 25.—; W. S. Julia 50 *M.*

Für Abonnements und Annoncen: S. H. Eberle 8.— *M.*; F. H. Hocht 4.—; A. E. Gomburg 11.10; Mitgliedschaft Hamburg 27.40; Rent. R. G. Hartburg 4.50; Rent. R. A. Altona 4.80; R. E. Altona 4.—; Mitgliedschaft Altona 9.20; D. H. Hamburg 1.80; S. S. Hamburg 3.—; W. S. Altona 2.40; R. V. Eßlingen —.90; D. H. Wiesbaden 30.—; R. S. München 4.50 *M.*

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.